



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 23
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen postamtlichen Poststempel.
Preisliste S. 106) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11.
Königsberger Str. 24, Fernspr.-Anschl.: Amt Köpen 3200. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldpfennig. — Alle
Zahlungen an Postkonten Berlin SW. 7 Nr. 4414 oder auf den Sankt. Depostenkasse S. Berlin SW. 47.
Selle-Allianz-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Fr. und“ erbeten.

25. Dezember
1923

Weihnachts- und Silversterglocken.

H. P. Trotz aller politischen Wirren, trotz Fortsetzung der französischen Kriegspolitik, trotz Not und Elend: die Weihnachtszeit kehrt wieder ein und will uns erfüllen mit Weihnachtsfreude und Weihnachtsbotschaft. Die gequälte, fieberkrante Menschheit klammert sich an diese Botschaft, wartet wie auf ein Wunder, daß sie Gewißheit werde: Friede auf Erden! Seit 9 Jahren warten wir darauf, daß es Wahrheit werde, was diese Botschaft verheißt, daß uns ein Heiland erlebe, der die Herzen der Menschheit bezwinde, die Welt befriede. Und dennoch, es ist noch immer Krieg. Die Friedensbotschaft hat sich noch nicht erfüllt und nirgends zeigen sich Anzeichen, daß man in Paris friedlich gesinnt sei.

Die Weihnachtsglocken werden durch die Lande klingen, sie werden rufen und wehen, der Menschheit Friede und Wohlgefallen singen. Und die Völker der Erde werden offene Herzen dafür haben, ihr Glaube aber wird nur ein inbrünstiges Hoffen sein. Noch sitzen Tausende unschuldiger Deutscher in Gefängnissen, ihrer Freiheit, ihrer Heimat beraubt, Abertausende von Vertriebenen trauern am fremden Herd, da man ihnen Heimat, Brot und Zukunft nahm, nur deshalb, weil sie ihrem Volk, ihrem Vaterland, ihrem Glauben die Treue hielten. Während in den besetzten Westgebieten von Frankreich angeworbenes Gesindel einen Terror ausübt, wie er höchstens aus den Zeiten des 30jährigen Krieges bekannt ist, betrachten im Osten die französischen Verbündeten die Deutschen als Feind. Kein Gesetz, keine Macht hindert solches Tun. Millionen Deutscher ringen um ihr Deutschtum, um ihre Heimat, um ihr Recht, um ihren Glauben.

Und während die Weihnachtsglocken Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen künden, arbeitet eine hasserfüllte, auf Vernichtung eingestellte Politik daran, das deutsche Volk dem Hungertode auszuliefern. Denn nichts anderes bedeuten die Bemühungen Poincarés, den von Deutschland angestrebten Auslands-credit für Nahrungsmittel zu sabotieren. Das deutsche Volk soll vernichtet, das Deutsche Reich zerstört werden. Das ist die Weihnachtsbotschaft Poincarés für das deutsche Volk!

Nach dem furchtbaren Krieg, der für Deutschland die unheilvolle Wendung nahm, lebten Staaten und Völker ihre Hoffnung auf den Völkerbund, der der Friedensbringer und Friedenswahrer werden sollte. Als besonders alljährliches Land wurde deshalb das Saargebiet betrachtet, das man als das Kind des Völkerbundes bezeichnete, da es unter Schutz und Verwaltung des Völkerbundes gestellt wurde. Klingen dort in diesem Jahre die Weihnachtsglocken freudiger, hoffnungsvoller, künden sie wenigstens dort Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen? Das eine ist gewiß: im Saargebiet wird man sich freudiger, überzeugter, empfindender dem Zauber der Weihnachtsglocken hingeben, da man dort trotz der von Frankreich betriebenen Abtrennungsbemühungen deutsche Weihnachten feiert mit allem märchenhaften Zauber, der uns in der Kinderzeit beehrte. An diese deutschen

Weihnachten vermag keine noch so raffinierte Abtrennungspolitik zu rütteln, da hier das deutsche Herz entscheidet.

Deshalb wird sich die deutsche Bevölkerung an der Saar beim Klang der Weihnachtsglocken im Herzen enger mit den übrigen deutschen Brüdern und Schwestern verbinden in der Gewißheit, daß uns ein Glaube, eine Hoffnung, ein Vaterland, eine Treue verbindet. Mögen alle dunklen Mächte an den Banden nagen, die das Saargebiet mit Deutschland verbinden, das Band der deutschen Treue werden sie nie und nimmer zerstören.

Auch im Saargebiet herrscht nicht der Frieden, den die Menschheit ersehnt, auch dort tobt der Kampf trotz Völkerbund und verheißener Wohlfahrt. Auch hier wird ständig der Frieden zerstört durch dieselbe Politik, mit der Poincaré die Welt vergewaltigt. Die Macht des Bösen, des Friedlosen, des Herrschsüchtigen, der Unwahrheit tritt täglich herausfordernd dort auf; eine Gilde, wie sie die Rheinlande terrorisiert, streckt ihre Fangarme aus, um Verräter zu sammeln, deutsches Empfinden und deutsche Treue zu erschüttern. Und wo die Lüge und der Verrat, Judaslohn und Knechtsgehalt ihr Haupt erheben, da ist nicht Frieden, da ist Kampf, da ist nicht Wohlgefallen, da ist Unehrlichkeit und Intrige.

Also friedlos die Welt, besonders friedlos jetzt zur Weihnachtszeit. Zwar krahlen die Kerzen am Tannenbaum, krahlen in manchen bekümmerten deutsche Herzen — doch Weihnachtsfrieden, Weihnachtsbotschaft? Friede auf Erden? Schon geht wieder ein Jahr zur Reize, ein Jahr voll Kampf, Tod, Not und Tränen. 1923 hat uns nicht den Frieden gebracht, den wir ersehnen. Und dennoch, sollen wir nutzlos und ohne Hoffnung sein? Soll uns nicht der himmlische Gruß: meinen Frieden gebe ich euch! soll uns dieser Gruß nicht veranlassen, zurückzuschauen und uns zu erinnern, was uns die Weihnachtsbotschaft sagt? Christus hat die Welt überwunden, auch die Welt von Menschen gemacht! Schon so mancher weltlich Starke ist vernichtet worden durch die Kraft des Glaubens, der Treue, die Kraft des Willens — Kräfte die nicht weltlich, sondern himmlischer Art sind. Ein Jahr ist ein kurzer Reiterabchnitt in der Geschichte der Völker; noch ist Poincaré und seine dunkle Gefolgschaft auf dem Thron irdischer Macht. Wird diese ewig dauern? Dürfen wir nicht glauben, daß ein Jahr seiner Macht abgelaufen, daß seine Macht zeitlich begrenzt ist? Wer vermag zu sagen, daß nicht schon das neue Jahr das Ende seiner Macht, das Ende der Macht der Vernichtung bringt?

Das sei der Glaube, der uns im Herzen beim Verglimmen der letzten Weihnachtserzen in der Silversternnacht, beim Erklängen der Neujahrslocken erwachen möge. Alle Macht auf Erden ist vergänglich, aber die Wahrheit von der Weihnachtsbotschaft, die Wahrheit, daß der Glaube die Welt überwindet, sie bleibt unerschütterlich. In innerer Einsicht, im Glauben an die Friedensbotschaft der Christnacht wollen wir unsere Herzen und Sinne erheben und erleuchten ein

„Friede auf Erden 1924!“

„Das Saarland den Saarländern.“

Von Richard Vosselt.

Man hat zu Unrecht geglaubt, daß es im Interesse Frankreichs liege, an der Saar eine französische Politik zu machen, die Bevölkerung nach Frankreich hinüberzuziehen. Gewiß, das ist das letzte Ziel unserer Anwesenheit an der Saar und um es zu erreichen, ist der Friedensvertrag so abgefaßt worden, wie er ist. . . . Bevor man aber das Saargebiet nach Frankreich hinüberzieht, wäre es vor allem notwendig gewesen, es von Deutschland loszulösen. Zu diesem Zwecke dürfen wir dort nicht eine französische, nicht eine deutsche, sondern ausschließlich eine saarländische Politik treiben. Diese und manche andere wichtige Ausführungen über die französische Saarpolitik machte in der französischen Kammerkammer vom 22. Juni ds. Js. der Deputierte Margaine gelegentlich der Besprechung eines Entwurfs betr. Errichtung von Zollbahnhöfen an der saarländisch-deutschen Grenze. Schon in der Sitzung vom 15. Juni wurde der Kammer ein Gutachten der Finanzkommission über diese Frage vorgelegt und bekräftigt, daß für diesen Zweck ein Betrag von 80 Millionen Franken in den Etat eingelegt werde, „wenn“, wie der Abg. Vandry als Berichterstatter hierzu ausführte, „etwas Dauerhaftes geschaffen werden soll — und dies ist nötig aus Gründen, die ich nicht anzuführen brauche! Wie gesagt, bei dieser Gelegenheit ist in der französischen Kammer mancherlei gesagt worden, was einerseits die ganze Unwahrscheinlichkeit des Versailler Diktats allein hinsichtlich des Saargebiets kennzeichnet — „um die Ziele Frankreichs zu erreichen, ist der Friedensvertrag so abgefaßt worden, wie er ist“ — und zum andern offen erkennen läßt, in welcher Weise die französische Politik klare Bestimmungen dieses Schandvertrages verbirgt, „um zu vollenden, was englischer Reiz und amerikanische Mißgunst uns nicht gönnte!“

Margaine forderte also in der Kammerkammer vom 22. Juni eine ausschließlich saarländische Politik im Saargebiet, forderte entsprechende Instruktionen an den französischen Vertreter in der Regierungskommission, forderte „das Saarland den Saarländern“, um es „zunächst von Deutschland loszulösen und es dann um so leichter zu Frankreich hinüberzuziehen.“

Man muß gestehen, die französische Kammer übt einen übertragenden Einfluß auf die französische Regierung, auf die französische Politik aus. Es waren kaum einige Wochen ins Land gegangen, da konnte man im Saargebiet geradezu fühlen, daß die französische Politik sich an der Saar „umgruppierte“. Man konnte beobachten, wie alle Glieder der französischen Politik, von der offiziellen französischen Behörde, über die in „neutralen“ Kommissionen entsandten französischen Vertreter hinweg bis zum letzten Glied der französischen Propaganda-Organisationen gleich einem Uhrwerk Rädchen in Rädchen griff und so den ganzen politischen Mechanismus in die gewünschte Gangart setzte. War dieser Mechanismus bisher eingestellt auf die Parole „Rückführung des von Preußen geraubten Saargebiets in die Arme der französischen Mutter“, so hörte man plötzlich erst schwach, dann immer stärker nur noch den Kampfruf „Das Saarland den Saarländern!“

Und plötzlich hatte man das Programm für eine politische Organisation, deren geistiger Vater der berühmte Quisch-major Richert ist. Nachdem schon Wochen vorher mit französischen Gewerkschaftsgründungen laboriert worden war, die pomphaft in dem Richertschen Organ an der Saar „Neuer Saarkurier“ angekündigt und großgeschwindelt wurden, nachdem man als Ueberorganisation für all diese Fehlarbildungen den „Saarbund“ herausstellte, ohne daß man die Namen der Drahtzieher erfuhr, als alles das wie gesagt, künstlich in die Welt gesetzt war und niemand recht wußte, was aus all diesen „Gründungen“ werden sollte, da wurden plötzlich die Ausführungen Margaines in der französischen Kammer als kurzes knappes Schlagwort ins Saargebiet importiert: „Das Saarland den Saarländern.“ Man stempelte den „Saarbund“ zu einer politischen Organisation und machte aus den anderen „Gründungen“ „Saargewerkschaften“. Diese lehnen es ab, sich von Berlin aus kommandieren zu lassen; sie vertreten nur die Interessen der Saarbevölkerung. So schreibt das Richerts-Blatt. Und weiter: „Eine Gewerkschaft hat neben den wirtschaftlichen Tendenzen auch politische Ziele; sie steht mit einer politischen Partei in Verbindung. . . . Da die saarländischen Gewerkschaften keine Heimatpolitik treiben, verfolgen sie das selbe Ziel wie der Saarbund.“ Und wie steht diese „Heimatpolitik“ aus? Der „Neue Saarkurier“ spricht in seiner Nummer vom 5. Dezember von „diesem neuen Geist, nennen wir es einmal westliche Kultur“. Und weiter: „Uns geniert der französische Einfluß im Saargebiet nicht. Im Gegenteil!“ Und er schließt seinen mit „Bluff“ überlieferten Artikel über „Die neue, immer mehr durchgreifende politische Bewegung im Saargebiet“ mit: „Das Saarland den Saar-

ländern, Friede und Freundschaft mit dem westlichen Nachbarn.“

Wie schon erwähnt, diese Ausführungen stehen in dem im Jahre 1919 von dem damaligen ersten Generalsekretär des Obersten Militärverwalters des Saargebiets Major Richert gegründeten Organ für Westpropaganda in Saarbrücken, man kann von einem solchen Blatt nichts anderes erwarten, selbst wenn als „verantwortliche Redakteure“ deutsche Namen aufgeführt werden (Heinrich Heinz, Dr. Schoettler, Küsten usw.); wenn dieses Blatt als Publikationsorgan des „Saarbund“ gewählt wurde, dann kann man über die Tendenz dieses Bundes eigentlich nicht mehr im Unklaren sein und das um so weniger, wenn diese neue politische Bewegung als „westliche Kultur“ bezeichnet wird. Aber mit dem Schlagwort „Das Saarland den Saarländern“ soll geblufft werden, will man Dumme, Schwache und Verräter einfangen. Eins aber ist notwendig, daß nämlich in der großen Öffentlichkeit eindringlich darauf hingewiesen wird, wo diese „Saarbund“-Parole „Das Saarland den Saarländern“ zum ersten Male ausgegeben wurde: in der französischen Kammer am 22. Juni 1923 durch den französischen Abg. Margaine mit den Worten: „Im Interesse Frankreichs liegt es, an der Saar eine französische Politik zu machen und die Bevölkerung nach Frankreich hinüberzuziehen. Dazu aber müssen wir zuerst das Saarland von Deutschland lösen und ausschließlich eine saarländische Politik machen. . . . Denn Frankreich würde nicht ein Prozent der Stimmen erhalten, wenn heute die Abstimmung wäre!“

Also erst Lösung des Saargebiets von Deutschland — „denn infolge unserer Politik klammert sich das Saargebiet immer mehr und mehr an Deutschland an!“ — dann Hinüberziehung nach Frankreich. „Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Friedensvertrag gemacht wie er ist“ — ist der „Saarbund“ mit der Parole „Das Saarland den Saarländern“ von dem französischen Major Richert gegründet worden. Da man in den Kreisen der französischen Saarpolitiker — zu denen bekanntlich auch Lardieu, Clemenceau, Le Trocquer u. a. gehören — erkennen mußte, daß nicht 1 Prozent der Bevölkerung an der Saar für Frankreich stimmen würde. Deshalb betreibt man eine Politik der Lösung des Saargebiets von Deutschland, woran der französische Präsident der vom Völkerbund ernannten und dem Völkerbund verantwortlichen Regierungskommission in nunmehr fast vierjähriger Tätigkeit glänzende Beweise geliefert hat. Die Parole „Das Saarland den Saarländern“ ist nichts als eine infame Irreführung der öffentlichen Meinung, da sich dahinter nichts als eine von Frankreich künstlich ins Saargebiet verpflanzte französische Propaganda versteckt in der gleichen Form, wie man es mit den sogenannten rheinischen „Separatisten“ getan hat. Hier wie dort stehen hinter dieser „Bewegung“ französische Gelder und Drahtzieher und deutsche Verräter und Verbrecher.



„Westmark.“

Vom Westauschuß, in dem die großen landmannschaftlichen Organisationen des Westens, wie z. B. der Reichsverband der Rheinländer, der Saarverein, der Westfalenbund, Verein der Pfälzer usw. zusammengeschlossen sind, erhalten wir folgende Mitteilung:

Es ist neuerdings üblich geworden, von den Rheinländern als der „deutschen Westmark“ zu sprechen. Wir erheben gegen diese Bezeichnung Einspruch und zwar nicht aus philologischer Rechthaberei, sondern aus der politischen Erwägung heraus, daß durch die Bezeichnung zum mindesten unbewußt den französisch-belgischen Imperialisten in die Hände gearbeitet wird. Die Rheinlande sind niemals deutsches Grenzgebiet oder Kolonialland gewesen, somit auch keine Mark; im Gegenteil, sie waren stets uranfänglich deutsches Gebiet und betrachten sich selbst mit Stolz als die Wiege und den Ausgangspunkt der deutschen Kultur, als das Herkunftsland deutscher Völker. Um so ungeheuerlicher, frevelhafter, jedem modernen politischen Empfinden ins Gesicht schlagend ist der Versuch der französischen Imperialisten und Militaristen, dieses Herzgebiet deutscher Kultur gegen den ausgesprochenen Willen der Rheinländer aus dem Leibe des Deutschen Reiches schneiden zu wollen.

Wir bitten alle unsere Freunde, diese Bezeichnung „Westmark“ abzulehnen, als die Zerstückungsbestrebungen der Franzosen zum mindesten indirekt fördernd. Die Bezeichnungen „Deutscher Rhein“, „Länder am Rhein“ oder „Rhein, Saar und Ruhr“ sind klar und eindeutig.

Die im Westauschuß vereinigten landmannschaftlichen Verbände.

Das schwierige Saarproblem.

Der zurzeit in Paris tagende Völkerbundsrat sollte sich auch mit verschiedenen Saarfragen befassen. Auf Antrag der englischen Regierung war die Antistreifverordnung der Regierungskommission des Saargebiets auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ferner sollte die Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission erfolgen. Nach § 18 des Kapitels II der Anlage zu Artikel 45-50 werden die Mitglieder auf ein Jahr ernannt, ihr Mandat kann jedoch je auf ein Jahr verlängert werden. Bisher ist in der Zusammenfassung der Regierungskommission bis auf das kanadische und das saarländische Mitglied kein Wechsel eingetreten. Das erste saarländische Mitglied, Herr Luitwin v. Boch (Mitinhaber der bekannten saarländischen Firma Willeroy & Boch in Saarlouis) trat im August 1920 von seinem Mandat zurück, nachdem er seine Mitarbeit in dem Verwaltungsausschuß auf Grund der von dem Vorstehenden, dem Fränkischen Raut, betriebenen Beamtenpolitik mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren konnte. Sein Nachfolger wurde auf Vorschlag des Präsidenten Raut der Saarlouiser praktische Arzt Dr. Hector, Kreator und Günstling des französischen Butschmajors Richter, der sein Mandat niederlegte, als er im Verlaufe eines Presseprozesses sich des Meineides schuldig machte. Er lebt noch heute als Intrigant strafflos in Saarlouis, verachtet nicht nur von der gesamten Saargebietsbevölkerung, sondern auch von Richter und seinen Hintermännern. Auf Hectors Vorschlag wurde der Saarlouiser Petroleumhändler Land zu seinem Nachfolger ernannt. Der Meineid Hectors hinderte den Völkerbundsrat nicht, den Vorschlag zu akzeptieren. Das erste kanadische Mitglied Wang legte nach der denkwürdigen Sitzung des Völkerbundsrates im Juli d. Js. sein Mandat nieder, nachdem sich durch die „Befragung“ der Mitglieder der Regierungskommission ergeben hatte, daß Präsident Raut wichtige Verwaltungsgeschäfte eigenmächtig, also ohne Hinzuziehung der übrigen Kommissionsmitglieder, und zwar in unmittelbarem Verkehr mit der französischen Regierung geführt hatte. Sein Nachfolger wurde der kanadische Major Stephens, der erst vor einigen Wochen im Saargebiet seine Amtsgeschäfte übernommen hat.

Das Saarstatut schreibt nicht vor, daß der Franzose gleichzeitig Präsident der Regierungskommission sein soll, vielmehr kann der Völkerbundsrat jedes andere Kommissionsmitglied zum Präsidenten ernennen, der „die ausführende Rolle des Ausschusses“ ist. Frankreich hat aber von vornherein den Präsidenten für sich beansprucht und deshalb scharfe Auseinandersetzungen mit England während der Friedenskonferenz gehabt, bis Frankreich seinen Willen und damit sein Ziel durchsetzte. Die abgelassenen vier Jahre haben bewiesen, was Frankreich damit bezweckte: die völlige französische Orientierung der Regierungskommission und ihrer Politik. Wenn der Völkerbundsrat eine Wiederholung von Situationen, wie solche im Juli d. Js. in Genf und im Juni im Londoner Unterhaus vermeiden und damit die Auffassung von der vollen Unparteilichkeit des Völkerbundes verbreiten will, dann muß in der Zusammenfassung der Regierungskommission eine Aenderung eintreten. Da die Spitze dieser Kommission gehört ein völlig unparteilicher Vertreter eines neutralen Staates, die übrigen Mitglieder, soweit sie nicht staatenmäßig im Saarstatut bereits bestimmt sind, sind von dem Gesichtspunkt völliger Unparteilichkeit

auszuwählen; es dürfte also nicht vorkommen, daß unter allen Umständen ein belgischer Verbündeter und ein Pseudo-Däne, der in Wirklichkeit seit 30 Jahren sich als Franzose fühlt und in Frankreich lebt, als übrige Mitglieder in dem Saarausschuß sitzen.

Es war von vornherein klar, daß die Neuernennung der Regierungskommissionsmitglieder Schwierigkeiten ergeben mußte. Gelegentlich der Junitagung hatte sich ergeben, daß Herr Land unmöglich in der Regierungskommission verbleiben konnte, seine Beiseidenheit war gar zu groß. Wenn Frankreich dennoch sehr nahe an diesem Mann festhält, dann beweist das, daß eine solche Schwachfigur ihm gerade recht war. Lord Cecil jedoch vertritt mit Branting den Standpunkt, daß als saarländisches Mitglied nur eine vom Vertrauen der Bevölkerung und vom Landesrat vorgeschlagene Person in Frage kommen könne. Er präsentierte daher den Rechtsanwalt Levaquer (Saarlouis), den Großkaufmann Richard Becker (Saarbrücken) und den Malermeister Schmeizer (Saarbrücken). Es ist bezeichnend, daß, bevor diese Vorschlagsliste öffentlich bekannt wurde, von Genf aus die Namen Rosmann, Dr. Brill und Röhl als Kandidaten Cecils in die Presse lanziert wurden — ein Beweis, daß die französische Intrigue spielte. Was damit beabsichtigt wurde, ist erreicht, in dem Namensgewirr konnte man sich auf keine Person einigen und verlängerte deshalb das Mandat des Herrn Land und des Grafen Mostke-Huttfeld bis zum 31. März n. Js. Letzterer hat nämlich, wie erst jetzt bekannt wird, seine Demission eingereicht, auf die Gründe wird noch zurückzukommen sein. Ueber die fragliche geheime Sitzung am 15. Dezember wurde folgendes amtliche Communiqué ausgegeben:

„Der Rat hat beschlossen, die Mandate der gegenwärtigen Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets bis 31. März 1924 zu verlängern; er wird im Laufe seiner Tagung im März 1924 die notwendigen Ernennungen vornehmen.“

Da die englische Regierung darum ersucht hatte, daß die Frage der Streikpostenverordnung der Regierungskommission vom 2. Mai 1923 auf die Tagesordnung gesetzt würde, erinnerte Lord Robert Cecil daran, daß der Rat im Juli dieses Jahres erklärt habe, „er überlasse es der Klugheit der Regierungskommission, die Entscheidung darüber zu treffen, zu welchem Zeitpunkt es angebracht sein würde, den Zustand des gemeinen Rechts wieder herzustellen.“ Unterstützt von dem schwedischen Delegierten Branting sprach Lord Robert Cecil die Hoffnung aus, die Regierungskommission werde in naher Zukunft die Verordnung zurückziehen können.

Der Vorstehende der Regierungskommission entwickelte darauf die Entstehung der Frage und erklärte, daß es nach seiner Ansicht im Augenblick nicht möglich sei, die Verordnung zurückzuziehen.

Der französische Vertreter Hanotaux erklärte, er und seine Kollegen vom Völkerbundsrat wünschten, daß sobald als möglich normale Zustände wieder hergestellt würden. Das sei ausschließlich eine Frage der Opportunität, die der Völkerbundsrat jedenfalls in Erwägung zu ziehen bereit sei.

Eines ist sicher, die Verschiebung der Entscheidung der Mandatsfrage bedeutet keinen ausgesprochenen Sieg Frankreichs; der Völkerbundsrat hat es für erforderlich gehalten, die Frage eingehend zu prüfen.

Frankreichs vorherrschender Einfluß in der Regierungskommission.

Die Fraktionen der Zentrums- und der Liberalen Volkspartei und der Deutschdemokratischen Partei des Saargebiets haben unter dem 24. Nov. d. J. eine Eingabe an den Völkerbundsrat gerichtet, in der gegen die ausschlaggebende französische Nachstellung in der Regierungskommission des Saargebiets entschieden Protest erhoben wird. Daß die Regierungskommission französischen Einflüssen zugänglich ist, die mit der dem Saargebiet zugesicherten unparteilichen Regierung in einem unhaltbaren Widerspruch stehen, wird in dieser Eingabe an Hand eines weitgehenden Beweismaterials nachgewiesen. Nach einer Einleitung, in der auf das Treuhänderverhältnis, auf das das Saargebiet nach Artikel 49 des Versailler Vertrages Anspruch hat, hingewiesen und dem Rat der Dank für sein Einschreiten in Sachen der Notverordnung, die aber durch eine nicht minder unhaltbare Ersatzverordnung abgelöst worden ist, und für seine Stellungnahme in der Frage der Zulässigkeit des französischen Militärs ausgesprochen wird, heißt es in der Eingabe wörtlich:

„Über trotz dieser vielfachen Einwirkungen des hohen Rates ist die Verwaltungstätigkeit der Regierungskommission noch lange keine solche, daß man sie als die Verwaltung eines Treuhänders ansehen

könnte. Das von der Regierungskommission selbständig eingerichtete System der Zentralverwaltung ist derart aufgebaut, daß

der französische Einfluß ausschlaggebend

ist.

Alle maßgebenden Stellen der Regierung sind Franzosen anvertraut. Das Generalsekretariat der Regierungskommission, das die oberste Verwaltungsinstanz ist und durch das sämtliche Angelegenheiten laufen müssen, besteht aus lauter Franzosen. Es ist also sehr einfach, auf diese Weise bei der ursprünglichen Bearbeitung aller Angelegenheiten von Bedeutung den französischen Interessen entsprechend zu dienen. Die Direction der Abteilung des Innern, der wichtigsten Abteilung einer Verwaltung, wird von einem Franzosen geführt, der somit den entscheidenden Einfluß ausübt, nicht nur auf die rein staatlichen Behörden, sondern auch auf die gesamten Kommunen. In dieser Verwaltung werden die Finanzen kontrolliert, wird die gesamte Verwaltungskontrolle ausübt, wird das Personal anamnestisch gestellt und die Presse bearbeitet. Alle diese Aufgaben sind Franzosen anvertraut. Der Abteilung des Innern untersteht der Direktor der Obersten Polizeiverwaltung, der selbstverständlich,

ebenso wie der stellvertretende Direktor und der Generalsekretär, Franzose ist. Sogar der Leiter des Landjägerskorps ist ein Franzose. Die gesamte Leitung der wirtschaftlichen Abteilungen, des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens, liegt in Händen von Franzosen. Auch der stellvertretende Direktor der Justiz-, Kirchen- und Schulabteilung ist Franzose.

So beherrscht der französische Präsident der Regierungskommission, dem die Abteilungen des Innern und des Äußeren unterstehen,

die gesamten Machtmittel des Saargebietes.

Dazu kommt noch, daß ihm das französische Militär zur Verfügung steht.

Das Machtbewußtsein verleitet dazu, die Regeln der Höflichkeit außer acht zu lassen.

Die Bevölkerung wird auf die Eingaben, die sie an die Regierungskommission richtet, einer Antwort nicht gewürdigt. Die Antworten der Regierungskommission auf Beschwerden der Bevölkerung an den Hohen Rat des Völkerbundes erfährt sie erst nach Monaten durch die Veröffentlichungen des Völkerbundes.

Die französischen Beamten aller Kategorien, vom höchsten Regierungsbeamten bis zum Schreibmaschinisten herab, werden wesentlich höher bezahlt, wie die in ähnlichen Stellungen sich befindenden deutschen Beamten. So erhielt z. B. eine französische weibliche Hilfskraft rund 950 Franken monatlich, eine deutsche Angestellte hingegen nicht ganz 400 Franken. Trotz dieser höheren Bezahlung empfangen die französischen Beamten und Beamtinnen bei ihrem Ausscheiden auch noch 25 Prozent des während ihrer gesamten Dienstzeit erhaltenen Gehaltes aus den Mitteln des Saargebietes.

Von der Direktion der Wirtschaftsabteilung wird der französische Handel begünstigt. Das Oberbergamt stellt sich in den Dienst französischer Privatinteressen, indem es Auskünfte über saarländische Firmen an französische Interessenten vermittelt.

Daß ein neu geschaffenes Privatinstitut für Bodenkredit, das französischen Häusern und Banken gehört, mit Ausschluß irgendwelcher deutschen Beteiligung mit den Mitteln des Saargebietes durch Vermittelung der französisch geleiteten Abteilung für Handel und Gewerbe reichlich unterstützt wird, scheint diesen Herren wohl ganz in der Ordnung zu sein. Die großen Ueberschüsse der Finanzverwaltung, die aus den Steuereingängen des Saargebietes herrühren, die Guthaben aus Post und Eisenbahn werden in großen Frankenträgern nur bei französischen Banken angelegt.

In diese Tendenz paßt auch vollkommen hinein, daß gegen den ausdrücklichen Wunsch und gegen die Interessen der Saarbevölkerung die westeuropäische Zeit jeweils für die Wintermonate eingeführt wird.

Sogar in der

Wohnungszuteilung

wird mit zweierlei Maß gemessen. Die Regierungskommission behält sich die Hälfte aller freiwerdenden Wohnungen für das französische Militär und ihre eigenen Beamten vor, dazu die größten und schönsten Wohnungen. Die große der Mißbrauch ist, geht daraus hervor, daß erst kürzlich ein großes mehrstöckiges Haus für ein kinderloses französisches Offiziers Ehepaar beschlagnahmt wurde, während die Wohnungsnot in Saarbrücken so entsetzlich ist, daß ganze Familien nicht wissen, wie sie ein Obdach finden sollen.

Die Folge der künstlich heruntergehaltenen Mieten ist, daß ein großer Teil von Grund und Boden, der wertvollste Besitz der deutschen Saarbevölkerung, in das Eigentum von Franzosen übergeht, wie dies bei den Gruben und dem größten Teile der Industrie bereits der Fall ist.

Zur Vervollständigung des Bildes trägt es bei, daß der Präsident der Regierungskommission es zuläßt, daß

große Truppenübungen

nicht bloß von den sogenannten Garnisonstruppen des Saargebietes, sondern auch von den im benachbarten Pothringen garnisonierten Truppen im Saargebiet abgehalten werden. Ein wertvolles großes Wiesengelände in der Stadt Saarbrücken war jahrelang beschlagnahmt und dient für französische Militärflugzeuge als Flugplatz. Der Präsident der Regierungskommission selbst hat bei Gelegenheit der Befragung vom 6. Juli dieses Jahres nur von berittenen und unberittenen Gendarmen gesprochen, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Saargebiet erforderlich seien, nicht aber von Flugzeugen, Artillerie, Pionieren und Maschinengewehren, wie sie im Saargebiet vorhanden sind. Es entspricht auch nicht dem Sinne des Vertrages von Versailles, daß im Saargebiet vom französischen Militärfiskus Munitionswagen gebaut und der französischen Rheinarmee zugeführt werden. Auch daß das Garnisonkom-

mando in Saarbrücken als Arbeitermeldestelle für die französisch-belgische Eisenbahnregie im besetzten Gebiet dient, kennzeichnet die wirkliche Rolle, die diese sogenannte Saartruppe hier ausübt. Französischen Zivilfliegern wird es erlaubt, hier im Saargebiet Kellameßsäge für eine französische Firma zu machen, wobei das Zivilflugzeug tagelang unter Bewachung von französischen Soldaten in den vom französischen Militär beschlagnahmten Flughallen steht. Bei den deutschen Saarbewohnern dagegen wird der Bau von Flugzeugen verhindert; es ist ihnen lediglich gestattet, sich mit motorlosen Flugzeugen zu beschäftigen.

Daß

die französische Bergverwaltung hinsichtlich der Steuern bevorzugt

wird, erscheint wohl als eine selbstverständliche nationale Pflicht. Daß bei einem Gesamtsteuerauskommen des Saargebietes an Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern, das auf etwa 200 Millionen Franken im Jahr zu schätzen ist, eine Zahlung von 30 Millionen Franken Kohlensteuer (wenn man die Kohlensteuer als Zahlung des französischen Staates ansehen will) und 4118 000 Franken Zuschüssen zu den Gemeindehaushalten sicher nicht genügt, um der Steuerpflicht des französischen Staates für das Jahr 1922/23 zu entsprechen, geht allein aus der Tatsache hervor, daß er wohl mehr als die Hälfte aller gewerblichen Arbeiter des Saargebietes beschäftigt. Die Regierungskommission hilft aber nicht allein dazu, daß die französische Grubenverwaltung nach Meinung der Bevölkerung zu wenig Steuern zahlt, sie duldet außerdem, daß die Grubenverwaltung die saarländischen Gewerbetreibenden bei der Vergabe von Aufträgen boykottiert, wenn diese keine französische Beteiligung in ihr Geschäft aufgenommen haben.

Trotz der Empfehlung des Völkerbundesrates vom 7. Juli d. J. hat die Saarregierung die Streikpostenverordnung nicht zurückgezogen, indem sie auch hier die Interessen der französischen Gruben bevorzugt.

Das Vorgehen der Obersten Polizeiverwaltung

ist uns vielfach fremd und wirkt daher auf die Gefühle der Bevölkerung verlegend. So hat man unbescholtene Bürger bei Tag und Nacht durch Späher verfolgt lassen, die selbstverständlich aus den für derartige Zwecke hochdotierten Fonds der Saarregierung bezahlt werden. Aus nichtigen Gründen hat man Hausdurchsuchungen bei sehr angesehenen Personen, ja sogar Geistlichen beider Konfessionen, abhalten lassen. Belastendes Material hat man selbstverständlich nicht gefunden. Besonders verlegend wirkte bei verschiedenen Gelegenheiten das ungeschickte und provozierende Verhalten der der Obersten Polizeiverwaltung unterstehenden staatlichen Polizei, z. B. bei Gelegenheit der Teuerungsaktion der Gewerkschaften im diesem Herbst.

Mit allen Mitteln versucht man die dauernde Geschäftsmachung von Deutschen durch den Erwerb der Saareinwohner-eigenschaft zu erschweren. Während der Erwerb der Saareinwohner-eigenschaft in der ursprünglichen Verordnung, die von der gesamten Regierungskommission beschlossen war, an keine dauernde Aufenthaltserlaubnis gebunden war, hat der französische Präsident ohne Beschluß der Regierungskommission unter dem 21. Januar 1923 Ergänzungsbestimmungen, die unserer Meinung nach rechtswidrig sind, herausgegeben, die eine dauernde Aufenthaltserlaubnis für den Erwerb der Saareinwohner-eigenschaft zur Bedingung machen. Die Allmacht der französischen Polizeiverwaltung wird also benutzt, um

es Deutschen zu erschweren, hier sesshaft zu werden,

während zuziehenden Franzosen jede denkbare Erleichterung gewährt wird. Man kann daher die zugezogenen Deutschen sehr viel länger ausweisen, als es nach der ursprünglichen Verordnung möglich gewesen wäre. Tatsächlich wird auch so verfahren.

Wie kleinlich außerdem die Oberste Polizeiverwaltung ist, geht daraus hervor, daß sie der saarländischen Jugend bei Abhaltung von Festen das Singen und Dektieren von bestimmten vaterländischen Liedern verboten hat, z. B. des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Das französische Militär hingegen kann mit klingendem Spiel die Straßen passieren. Angestrichen werden sogar Konzertprogramme nach deutschen vaterländischen Liedern durchsucht. Als 4000 Saarturner von dem großen Turnfest in München zurückkehrten, da wurde der aus dem Herzen des Volkes herausgewachsene und herkömmliche Empfang durch die Polizeiverwaltung verboten. Wenn Herr Präsident Rault am 6. Juli d. J. in Genf darauf hingewiesen hat, daß er auf die Gefühle der im Saargebiet wohnenden Franzosen Rücksicht nehmen müsse, so darf die Saarbevölkerung, die wohl doch vor den Franzosen hier war, mindestens erwarten, daß man nicht versucht, ihre Gefühle zu unterdrücken.

Die Krone aber von allem ist die Tatsache, daß der Direktor der Obersten Polizeiverwaltung im Namen des Präsidenten der Regierungskommission den französischen Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission in einem Schreiben vom 4. Juli 1923 aufgefordert hat,

die Reise der Turner nach München

zu erschweren. Dieses Vorgehen verstoßt gegen die den Saarbewohnern im Vertrage von Versailles (siehe § 22 des Saarkartums und Artikel 321) garantierte Freiheit der Durchreise durch das besetzte Gebiet.

Die Regierungskommission sucht Frankreich auch kulturell zu begünstigen, wo sie nur kann. Sie duldet, daß die saarländischen Kinder (§ 28 des Saarkartums) unter Anwendung wirtschaftlichen Druckes in die französischen Schulen gezwungen werden. Ein Vorwand ist die kostenlose Bekleidung aller Lehrer und Lernmittel; den Gemeinden aber wird von der Regierungskommission verboten, ihren Schülern die gleiche Vergünstigung zuteil werden zu lassen. Sie duldet die Errichtung französischer Schulen an vielen Orten, für die die Voraussetzungen des Vertrages von Versailles nicht gegeben sind. Man hat sich sogar nicht gekümmert, bei dem päpstlichen Stuhle dahin vorstellig zu werden, daß die Verwaltung der katholischen Kirchen des Saargebietes den angestammten Diözesen Trier und Speyer entzogen wird.

Diese Mißbräuche sind eine Folge der Häufung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen der französischen Beamten der Saarregierung. Eine notwendige Begleitscheinung der Fremdbegle-

itung sind sie nicht, wie durch die einwandfreie Verwaltung des Herrn Ministers Baugh bewiesen wird.

Nimmt man die Machtstellung der französischen Bergverwaltung und des französischen Militärs hier hinzu, so kann die Durchdringung des gesamten Saargebietes mit französischem Einfluß unter der Maske einer Völkerverwaltung kaum stärker sein. Die französischen Beamten haben sämtlich dem französischen Staat die Treue geschworen. Ihr Patriotismus muß sie notwendigerweise dazu verleiten, den französischen Interessen mehr zu dienen wie dem Wohle der Saarbevölkerung. Sie mühten ihren innersten Gefühlen Zwang an, wenn sie anders handeln wollten. Das Überwiegen des französischen Einflusses hat (entgegen den Zusicherungen der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919) den Zustand geschaffen, daß die Regierungskommission tatsächlich nicht dem Einfluß des Völkerbundes, sondern dem der französischen Regierung unterworfen ist.

Solange dieser Zustand anhält, wird notwendigerweise die Saarbevölkerung immer in ihren Rechten gekürzt werden und damit eines der höchsten Ideale des Völkerbundes — die Gerechtigkeit — Schaden leiden.

Wir bitten daher den Hohen Rat des Völkerbundes, diese Verhältnisse dadurch grundlegend ändern zu wollen, daß eine wirkliche neutrale Verwaltung sichergestellt wird, die (nach den Zusagen der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919) keine andere Aufgabe und kein anderes Interesse hat, als wie die Sorge für das Wohlbefinden der Saarbevölkerung.

Zur deutschen Irredenta!

Von Ludwig Sertorius.

Das Wort „Irredenta“ ist kein deutsches Wort. Es fand seine Prägung als Zusammenfassung jener nationalitalienischen Bestrebungen, die sich die Wiedergewinnung der unter österreichischer Herrschaft gebliebenen italienischen Volksteile zum Ziele gesetzt hatten. „Irredenta“ war sowohl der Name für die Bewegung selbst, als auch die Bezeichnung für das Ziel der Bewegung, die wiedergewinnenden Volksteile. Ihre Bedeutung erhielt diese reinitalienische Bewegung durch die Stärke und Wucht, mit der sie auftrat, durch ihre Geschlossenheit, mit der sie die Bevölkerungen diesseits und jenseits der Grenzen gleichmäßig umfaßte, und nicht zuletzt durch die Fähigkeit und Ausdauer, mit der es die Irredenta verstand, die italienischen Regierungen zu Hauptträgerinnen des irredentistischen Gedankens zu machen, eine Ausdauer, die wie die Ereignisse lehren, mit der Erreichung des Ziels, der Vereinigung aller italienisch sprechenden geschlossenen Volksteile und — leider! — darüber hinaus noch mit der Eroberung deutschen Sprachgebietes belohnt wurde. Unter diesen Umständen wurde die italienische Irredenta das Vorbild aller ähnlichen anderen Bewegungen und das Wort „Irredenta“ bürgerte sich im europäischen Sprachgebrauch als Generalbezeichnung für jede derartige Bewegung schlechthin ein. So sprach man vor dem Kriege auch von einer französischen, einer serbischen, einer rumänischen usw. Irredenta und nicht zuletzt diese Irredenten waren es, die — allerdings, wie z. B. die französische, meist ohne jede reale Berechtigung — die Hauptantriebsmomente für den Eintritt der betreffenden Staaten in den Weltkrieg wurden. Und sie haben alle ihr Ziel und weit mehr als das erreicht!

Nur in Deutschland gab und gibt es noch immer keine Irredenta. Die Verhältnisse vor dem Kriege seien indessen hier unerörtert. Vielleicht lag auch damals weniger Grund für das Erwachen einer solchen Bewegung vor. Wie liegen die Dinge aber heute? Der unglückliche Ausgang des Krieges hat den großen deutschen Volkstörper aufs grausamste beschnitten, was der Versailler Vertrag nicht tat, das vollendeten Willkür und Raubsucht gebietslüsterner Nachbarn — Oberschlesien und Memel sind hier nur ein Beispiel — das vollendet die Rheinlandpolitik Voicars und Tirards von Woche zu Woche. Wenig mehr als die Hälfte aller Deutschen Europas leben zurzeit noch innerhalb der Grenzen des Reiches und von diesen wiederum ein Fünftel unter dem unerhörtesten Druck fremder Zwingherren. Den 10 Millionen Oesterreichern gestattet man die sehnlichst erstrebte Vereinigung mit dem Mutterlande nicht. Mehrere Hunderttausend rein deutscher Südtiroler sollen italienisch gemacht werden. 3½ Millionen Deutsche hält der tschechoslowakische Staat in unnatürlicher, widerwillig getragener Bindung gefesselt. Im Osten hat Polen weite Teile des deutschen Sprachgebietes geraubt und durch eine rücksichtslose Ausweitung und Rinderheutenpolitik teilweise schon mit Erfolg enteignet. Das kleine Danzig ist zur einsamen Hochburg des Deutschtums inmitten der andrängenden Slawenflut geworden, Ostpreußen eine vom Reich getrennte Bandinsel, Memel haben die Litauer verschluckt. Im Norden greift der Däne weit über die Elber. Und erst im Westen! Was das deutsche Volk hier an Ein-

büßen erlitten hat, spottet jeder Beschreibung. Millionen deutschsprechender Elb-Lothringer sind glatt vom Reiche — ginge es nach dem Versailler Vertrag — für immer abgetrennt. Eupen und Malmédy hat sich Belgien geholt. 800 000 Saar-Deutsche sind gezwungen, in einem nominell dem Völkerbund anvertrauten, in Wirklichkeit aber von Frankreich despotisch regierten Scheinstaat ihr politisches Dasein zu fristen. Aber noch schlimmer, als das: durch eine zielbewusste, vor keinem Mittel zurückschreckende Politik hat es Frankreich in den Jahren seit dem Waffenstillstand verstanden, die Separation der Rheinlande und des Ruhrgebiets, also nicht etwa von Grenzländern, sondern von uranfänglich deutschem Gebiet, ja dem Herzstück der ganzen deutschen Kultur, vorzubereiten, diese Separation durch ein raffiniertes System gewissermaßen von den Deutschen selbst zu erzwingen. Die Separation von weiteren 12 Millionen Deutschen und ihr rettungsloser vollkommener Untergang in der französischen Machisphäre dreht riesengroß als unmittelbare Gefahr im deutschen Westen. Wird sie zur Tatsache, dann sind nicht einmal mehr die Hälfte aller deutschsprechenden in den Grenzen des Reiches vereint, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr ferne, da sich die Frage erheben wird, ob es überhaupt noch ein deutsches Volk gibt. So steht die Lage. Und noch immer haben wir keine deutsche Irredenta!

Nicht etwa, daß es an Bestrebungen fehle, den Kampf um die verlorenen Volksteile aufzunehmen, die Verbindungen mit ihnen aufrechtzuerhalten und die, wie uneingeschränkt zugegeben werden muß — selbst in opferwilligstem Verzweiflungskampf stehenden abgetrennten Brüder zu unterstützen! Nicht auch, daß es etwa die Regierungen in diesem Sinne hätten fehlen lassen! Es ist hier von den verschiedensten Seiten das Menschennögliche getan worden und die Tätigkeit der einzelnen landsmannschaftlichen Verbände, der großen Ausschüsse, der verschiedenen Deutschtumsbünde, der Grenzvereine, der Schulvereine, der politischen Parteien, der wirtschaftlichen und caritativen Verbände soll hier voll anerkannt werden. Aber — so müssen wir fragen — genügt und genügt das alles, um die Erreichung des einen großen Zieles der Wiedervereinigung aller geschlossen wohnenden deutschsprechenden Volksteile zu einem einzigen Großdeutschland auch nur annähernd anzubahnen? Kein Zweifel: es genügt nicht und die Erfahrung lehrt mit deutlichster Anschaulichkeit, daß wir auf diesem Wege nicht weiter kommen. Die Erfahrung lehrt, daß die an sich hervorragenden Anstrengungen der einzelnen Bestrebungen zur Kräftezersplitterung führten, weil der größte Teil des deutschen Volkes, weil fast die gesamte deutsche Masse, besonders die angeblich führenden, den Vorgängen in den deutschen Grenzländern, in den gefährdeten und abgetrennten deutschen Gebieten verständnis- und interesselos gegenübersteht, weil ihnen vor allem die Verankerung in den breiten Massen des Volkes abging, kurzum: weil es eine deutsche Irredenta, von der Art der Irredenta anderer Völker, nicht gab.

Hier liegt der Angelpunkt des ganzen Problems. „Irredenta“ in jenem alten italienischen Sinn ist eine Volksbewegung, ist das Aufklammern eines einheitlichen nationalen Willens, der über allen inneren Jant und Hader hinweg mit der Wucht einer Lawine, mit der Elementarkraft einer Feuersbrunst nur dem einen großen Ziele, der Wiedervereinigung aller verlorenen Teile des Volkes zustrebt. Irredenta ist, daß dieses Ziel der Wiedervereinigung dem ganzen politischen Leben des betreffenden Volkes seinen Stempel aufdrückt, daß es für jeden einzelnen, wie für die Gesamtheit des Volkes das politische Glaubensbekenntnis, das Imponderabile jedes politischen Strebens wird.

Täuschen wir uns nicht: es gibt keine — oder besser: — es gibt noch keine deutsche Irredenta. Denn, wenn und weil sie noch nicht da ist, so muß sie, wollen wir nicht auf unser Leben als Volk, als Nation verzichten — geschaffen werden. Wie das im einzelnen geschehen soll und kann, sei Berufeneren überlassen. Die große Linie ist gegeben. Erste Voraussetzung, der Zusammenschluß aller bisher in diesem Sinne, aber in verschiedenen Richtungen tätigen Einzelbestrebungen zu einer geschlossenen Organisation. Hinausgreifen dann in die Tiefen des Volkes, seine Erweckung zum irredentistischen Gedanken mit allen Mitteln der

Rede, der Presse, der Propaganda. Festigung und innigere Verknüpfung des Bandes mit den unerlösten Brüdern. Kampf gegen den der Wiedervereinigung des Volkes entgegenstehenden Parteilhaber. Kampf gegen die nationale Instinktslosigkeit, die Hauptursache des bisherigen Fehlens einer deutschen Irredenta. Kampf in erster Linie gegen die Vergewaltiger der unermäßigsten Volksteile. Die Erreichung eines politischen Hochzieles — und welches höhere Ziel könnte es geben als die Wiedervereinigung aller Glieder eines Volkes — erfordert die schärfste Aufrüttelung aller Trägen und Gleichgültigen, erfordert nationalen Fanatismus. Fanatismus hin oder her: Nur ein zur Einheit des nationalen Gedankens aufgewecktes und begeistertes Volk kann diese Einheit erreichen. Kann eine Irredenta schaffen. Es in diesem Zustande mit kühlem Kopf, aber mit heißem Herzen zum rechten Ziel zu leiten, bleibt Aufgabe der Führer.

Es ist dreiviertel vor zwölf. Schafft die deutsche Irredenta, oder die deutsche Winternacht, in deren Kulminationspunkt wir jetzt angelangt sind, wird von keinem neuen deutschen Tage gefolgt sein!

Saarlandhilfe für deutsche Not!

Die erschütternde Not, die unser deutsches Volk als Folgen der Vernichtungspolitik rachsüchtiger Feinde, als Folgen des Ruhrstreiks jetzt heimsucht, hat auch im Saargebiet an die Herzen gerührt, hat deutsche Treue und Hilfsbereitschaft zur Tat aufgerufen. Noch selbst kaum der eigenen materiellen Not entzogen, rühren sich im Saargebiet Herzen und Hände, um nach Kräften mitzuhelfen, die bitterste Not zu lindern. Deshalb hat sich die „Saarhilfe für deutsche Not“ organisiert. Es wurde ein Ehrenauschuß und ein Landesauschuß unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rühring gebildet, denen angehören:

Rabbiner Dr. Alexander, Saarbrücken, Großkaufmann Arnold Becker, Saarbrücken, Fabrikant v. Bock, Mettlach, Hauptschriftleiter Otto Eder, Saarbrücken, Gutsbesitzer Paul Hedel, Wintlinger Hof, Sanitätsrat Dr. Jordan, Saarbrücken, Baumeister Otto Meyer, Saarbrücken, Bürgermeister Dr. Reikes, Saarbrücken, Superintendent Hubert Rold, Saarbrücken, Kommerzienrat Louis Röbling, Böllingen, Rechtsanwalt Dr. Scheuer, Saarbrücken, Malermeister Wilhelm Schmelzer, Saarbrücken, Dechant und Ehrenbürger Subtil, Saarlouis, Fabrikant Leo Wenzel, Saarbrücken, Beigeordneter Dr. phil., Dr. jur. Rühring, Saarbrücken, Fabrikant Karl Ambrosius, Saarbrücken, Bankier Alex Braun, Saarbrücken, Hauptschriftleiter Dr. Dücker, Saarbrücken, Caritasdirektor Feldges, Saarbrücken, Pfarrer Glaser, Saarbrücken, Witwe Franz Haldy, Saarbrücken, Landessekretär Karl Hillenbrand, Saarbrücken, Syndikus Dr. Reuth, Saarbrücken, Gewerkschaftssekretär Fritz Ruhn, Saarbrücken, Großkaufmann Heinrich Lampert, Saarbrücken, Pfarrer Limberg, Saarbrücken, Handelskammer-Syndikus Dr. Schlenker, Saarbrücken, Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken, Frau Steemann, Saarbrücken, Fabrikant Heinrich Wahlfert, Saarbrücken.

In einem Aufruf wendet sich der Ausschuß an die saarländische Öffentlichkeit, in dem es u. a. heißt:

Das Saargebiet darf gegenüber der erschütternden deutschen Not nicht abseits stehen, und es will dies auch nicht. Es bedarf

nur der Anregung, um auch hier die Herzen zu erwecken für die Not deutscher Brüder. Deutsche an der Saar! Es ist dein Vaterland, das in höchster Gefahr ist, es sind Kinder deines Volkes, die dem Hunger, dem bittersten Elend und der Verzweiflung preisgegeben sind. Durch einst blühende Städte und Gemeinden schleicht der Hunger, pocht die grimme Sorge an die Türen. Kinder, Mütter und Greise entbehren des Notwendigsten, um das nackte Leben zu fristen!

Wer wollte da nicht helfen aus Nächstenliebe! Wir Saarländer haben einen doppelten Anlaß dazu, denn es gilt auch eine Dankeschuld dem Reiche abzulassen, das uns trotz eigener Bedrängnis Nahrungsmitteln versorgt hat. Im Unalück und Not gilt es doppelt, den deutschen Brüdern im Reiche helfend zur Seite zu stehen, soweit das irgend in unserer Macht liegt, nach dem alten Saarländer Wahlspruch:

„Zu helfen, wo die Hilfe not,
ist hier zu Land ein altes Gebot!“

Die Saarhilfe hat, was ausdrücklich hier festgestellt sei, die Genehmigung der Regierungskommission erhalten. Die Stadt Saarbrücken hat sofort 100 000 Franken zur Verfügung gestellt, ebenso haben andere Gemeinden Beiträge bewilligt. Sämtliche deutsche Zeitungen des Saargebiets haben Sammlungen eröffnet, die zum Teil bereits erhebliche Beträge brachten. Außerdem dieser „Saarhilfe“ haben die freien Gewerkschaften die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei des Saargebiets eine Hilfsaktion zur Linderung der Not in Deutschland eingeleitet. Die freien Gewerkschaften haben als erste Rate zur schlennigen Hilfe 100 000 Franken überwiesen.

Das übrige Deutschland wird sicherlich mit besonders dankbarem Empfinden diese saardeutsche Hilfe in Deutschlands größter Not entgegennehmen mit dem Gelübnis:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen noch Gefahr.
Wir wollen treu sein, wie die Väter waren!

Film und Saargebiet.

Unter dieser Überschrift behandelt Dr. Hermann Kahlenberg im „Berliner Börsen-Courier“ die Frage, inwieweit das Saargebiet rechtsverbindlich noch zum Deutschen Reiche gehörig zu betrachten ist. Er geht von der Tatsache aus, daß seit kurzem verschiedene ausländische Firmen den Versuch machen, dem deutschen Filmverleiher Lizenzen in der Weise zu verkaufen, daß das sogenannte Saargebiet ausgenommen ist. Es mehren sich auch die Fälle, in denen französische Filmverleiher unter Verletzung deutscher Lizenzrechte Filme im Saargebiet verleihen. Bisher hat, nach den Ausführungen Dr. Kahlenbergs, jeder für Deutschland gekaufte Film auch diese Lizenz mit umfaßt, sei es, daß es ausdrücklich im Kaufvertrage erwähnt, sei es, daß es für selbstverständlich angenommen wurde, indem man das Saargebiet nach wie vor als Bestandteil des Deutschen Reiches betrachtete. Die in den Beschlüssen des Zentralverbandes der Filmverleiher Deutschlands G. V. festgelegte Usance bezeichnet als den Verleih-

bezirk „Westdeutschland“, die Rheinprovinz mit Saargebiet und Kreis Wehlar sowie die Provinz Westfalen“. Nach den neuerlichen Versuchen, das Saargebiet wirtschaftlich oder rechtlich als außerhalb Deutschlands liegend zu betrachten, ist, wie Dr. Kahlenberg hervorhebt, zu untersuchen, ob es in Zukunft noch zweckmäßig ist, diesen Landesteil stillschweigend als zum Deutschen Reiche gehörig anzusehen.

Er gibt hierauf eine kurze Skizzierung der Rechtslage und kennzeichnet die Versuche der Regierungskommission und Frankreichs, dem Saargebiet den Charakter eines selbständigen Staates zu geben. Da Deutschland sich mit keiner Rechtsauffassung gegenüber den Auslegungskünsten der Regierungskommission und Frankreichs nicht durchsetzen konnte, so empfiehlt Dr. Kahlenberg den Filmverleihern, die Augen offen zu halten. Auch abzuweisen vom politischen Gesichtspunkte — der an dieser nur auf das wirtschaftliche gerichteten Stelle nicht zur Erörterung steht — habe die deutsche Filmindustrie ein Interesse daran, sich ihr, durch den

Friedensvertrag schon genügend verringertes, Abgabegeld soweit wie möglich zu erhalten. Es sei daher erforderlich, künftig in den Verträgen mit völliger Klarheit zum Ausdruck zu bringen, daß das Saargebiet ihrem Interessentenkreis angehöre. Man werde also bei einem Kauf der Lizenz für Deutschland zweckmäßigerweise die Klausel „einschließlich des Saargebietes“ anwenden müssen und sich in Zukunft nicht mehr darauf verlassen, daß allseitig stillschweigend anerkannt werde, daß dies mit zum Deutschen Reiche gehöre. Gerade gegenüber den in Frankreich oder im Saargebiet ansässigen französischen Firmen, die dort belagert werden müssen, besteht die Befürchtung, daß ein den deutschen Verleiheninteressen entgegengelegtes Fehlurteil gefällt werde. Um seine Interessen im übrigen zu wahren, werde der Zentralverband der Filmverleiher Deutschlands E. V. beschließen, seinen Mitgliedern den Ankauf von Filmlizenzen für Deutschland nur dann zu gestatten, wenn das Saargebiet mit eingeschlossen ist.

Die Ausführungen Dr. Kahlenbergs sind trotz ihrer rein wirtschaftlichen Tendenz doch auch von größtem politischen Interesse. Zeigen sie doch an Hand des hier in Frage stehenden Themas, wie bestimmte politische Maßnahmen und Auslassungen der Regierungskommission und Frankreichs sich wirtschaftlich auswirken und welche politischen Folgerungen aus solchen wirtschaftlichen Auswirkungen sich ergeben können. Nicht umsonst ist die französische Politik im Saargebiet darauf gerichtet, die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland nach und nach zu lösen, um im entscheidenden Zeitpunkt zu erklären, daß die „natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge“ des Saargebietes nach — Westen zeigten! Es wäre zu beklagen, wenn in Deutschland alle Wirtschaftskreise ihre Interessen im Saargebiet mit gleicher Zähigkeit verteidigten, wie es in diesem Falle der Zentralverband der Filmverleiher Deutschlands tut, der damit eine doppelte politische Pflicht erfüllt, wobei nicht die die kleinste ist, dem Saargebiet die französischen Heftigkeiten möglichst vom Halbe zu halten.

Die französische Saarpolitik der Ausgangspunkt der Uebersiedlung Europas.

Ein Volk braucht eine Reihe Faktoren zum Leben, um Nahrung zu erzeugen, oder andere Dinge, die es gegen Nahrung eintauscht. Diese Faktoren sind in der Hauptsache: Agrarland, Bodenschätze (Eis, Kohle, Erdöl), Kapital, Verkehrsmittel, Absatz. Diese Faktoren werden den einzelnen Völkern in Europa allmählich fortgenommen. Den Absatz in Osteuropa zerstörte die russische Revolution. Die weitere Zerstörung der oben genannten Faktoren betriebe die französische Politik. Diese zieht mit Gewalt alle Produktivkräfte Europas an sich, um sie als Unterbau für seine militärische Macht auszunutzen (Eis, Kohle, Erdöl). Dadurch gehen diese Dinge den Völkern verloren, welche sie bearbeiten und davon leben müssen. Die Folge ist Arbeitslosigkeit, damit für große Teile Unmöglichkeit Geld zu verdienen, um das Leben zu bestreiten und als deutliche Folge davon Krankheit und Kinderelend.

England ist durch die französische Politik der Absatz in Europa zerstört worden (Textilindustrie, Eisenindustrie, Verkehrsunternehmen usw.).

Deutschland ist durch dieselbe Politik im Friedensvertrag seiner Rohstoffe beraubt worden (Saarkohle, lothringisches Eis, oberösterreichische Kohle), ferner seines Agrarlandes im Osten. Ihm ist heute auch noch die Verfügung über die Ruhrkohle genommen (Verhinderung des Wiederaufbaues der deutschen Bahnen durch die Eisenbahnregie, die gewaltigen auferlegten Kohlenlieferungen, die Zollgrenze zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland). Ähnliche Auswirkung hat die französische Politik auch in andern Ländern (Zonenfrage, Kohlenversorgung Hollands und Italiens). Die Folge ist überall Arbeitslosigkeit.

Diese Wirkung hätte in Deutschland eigentlich schon unmittelbar nach dem Kriege eintreten müssen, denn die Verluste der Kolonien, der Saar, Lothringens, Oberschlesiens, der Handelsflotte und des Agrarlandes im Osten haben es schon unmöglich gemacht, daß seine 60 Millionen Menschen weiterleben. Nur mit ungeheurer Anstrengung und Ausnutzung jedes möglichen Mittels konnte sich Deutschland bisher über Wasser halten. Jetzt haben ihm die französischen Störungen den Rest gegeben.

Ein Haltmachen Frankreichs auf seinem Wege ist nicht möglich. Wie sollte Frankreich zu dem amerikanischen oder englischen System der reinen pfandmäßigen Befehung des Rheinlandes zurückkehren, nachdem es in alle Gebiete des deutschen Lebens eingegriffen hat (z. B. in die deutsche Verwertung, in die Lebensmittelversorgung, in das Verkehrswesen, in die Finanzwirtschaft, in das Münzwesen, in die Verwaltung der Domänen und Forsten, in das Zollwesen, in die Rohstoffförderung, in das Pressewesen). Alles Dinge, die

Friedensvertrag und Rheinlandsabkommen nicht gestatteten. Je mehr Frankreich erreicht, desto mehr Probleme ergeben sich für dasselbe. Genau so wie zu Napoleons Zeiten. Aus dem politischen Saarpolitikergibt sich das Problem der Pfalz und des Rheinlandes, daraus das des Ruhrgebiets, das der Nordsee und Hollands, das der Rheinschiffahrt, das des innerdeutschen Verkehrswesens, Finanzwesens usw. Denn das übrige Deutschland und die am Rhein liegenden Staaten sind in unendlich vielen Dingen ein Ganzes, das durch das französische Vorgehen zerrissen wird.

So ergibt sich aus der französischen Politik das Problem der Uebersiedlung Europas. Da wo Arbeitslosigkeit ist, ist zur Uebersiedlung nur ein Schritt, der dann gegangen ist, wenn die Störungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. So ist England, so ist Deutschland überfüllt.

Was nützt es, wenn Amerika ein Symptom zu heilen sucht und für die sterbenden Kinder sammelt. Man soll sich mit dem Problem der Uebersiedlung auseinandersetzen. Will man die 20 Millionen Deutsche verhungern oder leben lassen? Will man das letztere. In bleibt nur eins übrig: Deutschland das Recht auf Arbeit zuzuerkennen, Europa von den französischen Störungen zu befreien und jedem Volke die Möglichkeit zur Arbeit und zum Leben zu geben. In Deutschland sind heute ungefähr 4 Millionen Menschen arbeitslos, mit ihrer Familie also etwa 20 Millionen, ohne die Arbeitslosigkeit, sich auf die Dauer zu erhalten. Wer Arbeit hat, muß 24 Stunden arbeiten, um daselbst zu verdienen, was der amerikanische Arbeiter in einer Stunde verdient.

Das Saarland in Ketten.

Gegen fortgesetzte Verhaftungen und Ausweisungen von Deutschen

hat die Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember folgenden Protest der kommunistischen Fraktion einstimmig angenommen:

Von der Obersten Polizeiverwaltung des Saargebietes wurden in letzter Zeit zahlreiche Verhaftungen und Ausweisungen von Personen, die aus Deutschland sich vorübergehend hier aufhielten, vorgenommen. Andererseits steht fest, daß landfremde Elemente, hauptsächlich aus Frankreich, sich in großer Zahl hier aufhalten, ohne im geringsten belästigt zu werden, ja es scheint sogar, daß der Zuzug von Personen aus Frankreich von den Polizeibehörden der Regierungskommission begünstigt wird. Dies bedeutet die Unterbindung der Freizügigkeit im Saargebiet. Unter diesen Maßnahmen der Regierungskommission hat hauptsächlich die Arbeiterklasse zu leiden. In vielen Fällen wird Arbeiterführern die Einreise verweigert oder der Aufenthalt unterbunden. So wurde ein Mitarbeiter der „Arbeiterzeitung“, der sich vorübergehend hier aufhielt, verhaftet und auf Schub gebracht. Wir

Der Heimat.

Was klagt der Heimat trüb Gesicht,
Wohl Aug' und Wang' voll Tränen,
Und eine Welt von Glend spricht
Aus dunkler Not und Sehnen.

Sinkt manche taube Blüte auch
Vom alten Stamm zur Erde;
Sinkt ruft des deutschen Frühlings Hauch
Auch über uns: „Es werde!“

Wie Sturmest in die Felsenwand
Sich uns're Fuchsen krallen,
So wurzeln wir im Vaterland
Und lassen's nimmer fallen.

Nur Stark und fest, das Leid vergeht!
Singt hell das „Lied der Lieder“,
Sobald die deutsche Flagge weht,
Blüht alles, alles wieder.

protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Willkür der Regierungskommission. Da das Saargebiet ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, verlangen wir von der Stadtverwaltung, daß sie mit allen Mitteln bei der Regierungskommission dahin wirkt, daß die Rechte der Reichsdeutschen im Saargebiet bezüglich der Freizügigkeit gewahrt bleiben und die betr. Einzel- und Aufenthaltbestimmungen, soweit sie sich gegen Reichsdeutsche richten, aufgehoben werden.

Doch halt! Die Regierungskommission verweigert auch französischen Staatsbürgern die Einzel-! Aber welchen!

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets erhielt von der Regierungskommission des Saargebiets (Oberste Polizeiverwaltung) folgendes Schreiben:

„Die für den 24. und 25. November von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei angekündigten öffentlichen Versammlungen: am 24. abends 7 Uhr, im Saalbau zu Saarbrücken, am 25. nachmittags 3 Uhr, im Saalbau zu Neunkirchen, in denen als Redner Grumbach-Paris auftreten soll, werden im Interesse der allgemeinen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verboten.“

Also ein französischer Sozialist wollte über das Thema: „Europa in Not: Deutsch-französische Schicksalsfragen und Verständigung“ sprechen. Daraus folgt: Weil Herr Poinecaré alle deutschen Verständigungsversuche verhindert, wurde die Besprechung der Frage einer deutsch-französischen Verständigung von Herrn Rault, dem Sachwalter des Völkerverbundes, verboten. Das lag alles.

Die „Saarbr. Volksstimme“ bemerkt hierzu u. a.:

Grumbach hat allerdings einen Fehler: Er ist Gegner der Poinecaréschen Politik. Aber es würde an Beleidigung grenzen, einer Völkerverbundsregierung nachzusagen, sie wolle Poinecarés politische Gegner mundtot machen.

Grumbach ist auch ein Gegner einer Annektionspolitik. Doch auch das ist ja nur eine Eigenschaft, die ihn bei jeder Völkerverbundsregierung empfehlen muß.

Wir haben die Unbescheidenheit, Herrn Grumbach für einen weit wertvolleren Franzosen zu halten als Herrn Richert. Warum darf Herr Grumbach da nicht reden,

wo Herr Richert handeln durfte?

Auf diese Frage wird das Blatt nie eine Antwort erhalten! Derweilen aber handelt Herr Richert auch heute noch unter Duldung des Herrn Rault weiter im Saargebiet. Er arbeitet mit allen Mitteln, unmoralischen und materiellen, um in kurzer Zeit im Saargebiet eine ähnliche Verbrechergilde zu schaffen, wie sie sich in den Rheinlanden betätigt und noch betätigt. Reinhard ist die vorgeschobene Drahtpuppe, dem „Saarfurter“ sind neue Mittel zugeslossen, der nun völlig im Dienste des französischen und „separatistischen“ Nachrichtenendienstes steht, wie er von Koblenz und Düsseldorf dirigiert wird. Es gibt für dieses Blatt keine Schmutzpflüge, die es nicht ausschöpft, um sie über Deutschland und Preußen zu schütten. Und diese saubere Arbeit wird von einer ganzen Reihe von saarländischen und deutschen Firmen unterstützt, die in diesem gegen Deutschland wütend hegenden Blatt ihre Geschäftsanzeigen veröffentlichen — wir werden demnächst eine Kollektion solcher deutschen Geldgeber für diese französische Schmutzarbeit bekanntgeben.

Ein Saardeutscher als Opfer eines saarländischen Spions im Ruhrgebiet.

Am 24. Juni d. J. wurde von dem französischen Kriegsgericht in Essen der 23jährige Saardeutsche Gustav v. Dettinger, Sohn des Fabrikanten Emil v. Dettinger, Saarbrücken 3, Lessingstraße 20a, auf Grund vollkommen erfundener Zeugenaussagen eines saarländischen Spion, der entsprechend dafür bezahlt wird, wegen angeblicher Spionage zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, trotzdem mehrere Entlastungszeugen beides hatten, daß G. v. D. sich niemals mit Spionage befaßt hatte, noch zu der angegebenen Zeit Spionage getrieben haben konnte. Der Verurteilte war auf der Durchreise durch das Ruhr nach dem Saargebiet Mitte April in Essen nach Angabe des erwähnten Schuttes verhaftet und zwei Tage im dortigen Vereinshaus festgehalten und von französischen Kriminalbeamten mißhandelt worden. Trotzdem der französische Polizeidirektor in Saarbrücken, Adler, sich dahin geäußert hat, daß ihm Nachteiliges über Herrn v. Dettinger nicht bekannt sei, wurde derselbe, nachdem er monatelang vorher im Zuchthaus zu Werben a. Ruhr bzw. im Gefängnis in Düsseldorf gesessen hatte, mit mehreren Kameraden zur Verbüßung der Strafe auf die Re de Ré im Atlantischen Ozean verschleppt. Bekanntlich waren auf den beiden dicht nebeneinander liegenden Inseln Oleron und Ré während des Krieges Strafgefangenenlager für deutsche Offiziere und Unteroffiziere.

Kleine Tageschronik.

Abgabe von forstwirtschaftlichem Waldbesitz in Gleditz. Einigen Gemeinden im Kreise Saarbrücken, u. a. Hirschbach, Holz, Quierschied, Altleffel, Friedrichsthal, ist staatliches Forstbesitz zur Abgabe an Bauern — zum Teil schon vor Jahren — überwiesen worden. Wegen der Festlegung des Kaufpreises und der sonstigen Bedingungen schweben seit länger Zeit Verhandlungen. In vielen Fällen ist das Gelände schon in Baustellen aufgeteilt und teils von Privaten, teils von den Gemeinden oder auch Bauernschaften bebaut. Der Zustand war rechtlich sehr unangenehm, da die Flächen noch immer auf den preussischen Staat im Grundbuche eingetragen waren. Vor einiger Zeit hat nun eine Besprechung zwischen einem Vertreter der preussischen Regierung, Vertretern der Regierungskommission (als Nutznieherin der preussischen Staatswälder im Saargebiet) und den Vertretern der beteiligten Gemeinden stattgefunden. Es wurde — namentlich infolge des Engagements der preussischen Regierung — in allen Fällen eine befriedigende Einigung erzielt. Die Kaufpreise betragen sich zwischen 0,40 und 2,50 Franken für das Quadratmeter. Die preussische Staatsverwaltung behält sich das Wiederkaufrecht vor, soweit das Gelände nicht innerhalb fünf Jahren nach der Ueberweisung bebaut ist.

Aus dem Kunstleben an der Saar. Außer den bekannten Malern, wie Fritz Grevenig, Wenzel usw., die heute nicht mehr übersehen werden können und dürfen, arbeiten in aller Stille hoffnungsvolle Talente wie Max Heinh. Faber u. a. m. M. Heinh. hat in dem vornehm-wertvollen Kunst- und Gewerbehaus Lunge eine Reihe guter und sehr guter Bilder ausgestellt. Ein junger Künstler spricht aus ihnen zu uns, ehrlich, verheißend, weil er unmittelbar fühlt und ohne Schablone und Zwang malt. — Auch eine Kunstausstellung saarländischer Maler in Neunkirchen zeigte, daß die saarländische Kunst im besten Aufstiege ist.

Saarbrücken. Das hiesige Sondergericht verurteilte einen Hausbesitzer wegen Mietwucher zu einem Monat Gefängnis und 5000 Fr. Geldstrafe. Der Hausbesitzer, der sein Haus für 84 000 Mark gekauft, 15 000 M. darauf angezahlt und den Rest später in Papiermark (etwa 300 Frs.) getilgt hatte, hatte für ein kleineres Ladenlokal eine monatliche Miete von 2500 Franken gefordert. Im Saargebiet wird gerechnet: Friedensmiete wird in Franken umgewandelt und mit der Teilungszahl vervielfacht, z. B. für den Monat November: 25 M. Friedensmiete mal 1,25 : 1,8 = 19,55 Fr. — Beim Rangieren auf dem hiesigen Rangierbahnhof geriet der Hilfsarbeiter Wilhelm R. aus der Schloßstraße mit dem Kopf zwischen Waggontür und Wagen und erlitt derart schwere Verletzungen, daß er gleich nach seiner Einlieferung im Bürgerhospital gestorben ist. — Der Arbeiter August Beitz von den städtischen Betriebswerken kam im Dienst einem an der Scheibler Straße gelegenen Transformator, der mit 10 000 Volt geladen war, in dem Glauben, daß der Strom ausgeschaltet sei, zu nahe, so daß er an den Folgen des erlittenen elektrischen Schlags alsbald verschied.

Dudweiler. Das Anwesen des Bergmanns Christian Seifert in der Kirchenstraße erlitt durch einen Brand schwere Beschädigungen. Das Unglück trifft einen Familienvater von 9 Kindern. Das Anwesen soll noch in Mark, also weit unter dem eigentlichen Wert, versichert sein.

Völklingen. Tödlich verunglückt ist auf der hiesigen Hütte der aus Busendorf stammende Arbeiter Heinrich Kuch. Er wurde von dem umfallenden Flügel eines geöffneten Schiebetores erschlagen.

Herrenlohr. Während der 13 Jahre alte Sohn des Bergmanns Hahn in der Bergstraße das Feuer schürte, entstand plötzlich ein furchtbarer Schlag, zertrümmerte den Ofen und riß dem Jungen sämtliche Finger der rechten Hand ab. Es darf angenommen werden, daß sich in der Kohle ein Rest Explosivstoff befand, der durch die Hitze zur Entladung gebracht wurde.

St. Wendel. Es ist beabsichtigt, auf dem Gelände der ehemaligen Gerberei des verstorbenen Heinrich Paque an den unteren Gerbhäusern eine Schuhfabrik zu errichten.

Hüttgewiller-Mahlweiler. Dank der opferwilligen Spenden der hiesigen Pfarrangehörigen konnte in der hiesigen Pfarrkirche ein großes Orgelwerk aufgestellt werden.

Dillingen. Die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke zu Dillingen errichtet auf ihrem Hochfengelände eine Benzolfabrik.

Saarlouis. Vom Starkstrom erschlagen und getötet wurde in der Nähe der Holzmühle Esdorf der 26 Jahre alte Bohrmeister E. Herthel aus Gdingen.

Bildhof. Zu einer Schießerei kam es gelegentlich einer Auseinandersetzung in einer hiesigen Familie. Aus Angst vor ihrem Mann flüchtete eine Frau in die Wohnung eines Mieters. Der freischützige Ehemann folgte auch dorthin und griff den Mieter an. In der Notwehr verletzte dieser den Eindringling durch einen Revolverhieb schwer.

St. Wendel. Der Wagnermeister Ludwig Theis von Osterbrücken geriet abends in der Dunkelheit, als er sich auf dem Heimwege befand, von der Straße ab, fiel in die hochgehende Oster und ertrank. Erst 14 Tage später fand man nach Durchsuchen des Baches die Leiche.

Von der lothringischen Grenze. Forbach erhält mit Jahresbeginn wieder eine Garnison. Das 20. Jägerbataillon wird von Luxemburg nach dort verlegt und bezieht die frühere Trainskaserne. — Die Errichtung einer Staatstabakmanufaktur in Forbach steht in Aussicht mit dem offensichtlichen Zweck, das Saargebiet mit Einbeziehung des Saargebiets in die französische Zollunion im Jahre 1925 mit französischen Tabakerzeugnissen zu überschwemmen.

Personalmeldungen.

Der langjährige Bürgermeister von St. Ingbert Hans Schöneberger ist am 25. November d. Js. in Würzburg nach einem längeren Leiden gestorben. Wie erinnerlich, wurde Bürgermeister Schöneberger im Jahre 1919 seines Amtes als Bürgermeister der Stadt St. Ingbert durch die französische Militärverwaltung entlassen und trotz vieler Bemühungen der Gemeinde von der Regierungskommission nicht wieder in sein Amt eingesetzt. Später, als seine Aussicht mehr bestand, auf seinen Posten zurückkehren zu können, nahm Herr Schöneberger das Amt eines Justitiars beim Bischof von Würzburg an, welches Amt er bis zu seinem so früh erfolgten Hinscheiden inne hatte. Der Verstorbene hat stets nur das Beste für seine Gemeinde und die Bürgerschaft gewollt. Er war der erste Berufsbürgermeister der Stadt und fand manches aus der guten alten Zeit der Ehrenbürgermeister vor, was ihm hinderlich im Wege stand. Seine Amtstätigkeit fiel in die Kriegszeit, wo Bürgermeister und Verwaltungsbeamte vor schwierige Situationen gestellt waren. Jedenfalls aber war er während seiner 13jährigen Amtstätigkeit redlich bemüht, in nie ermüdender Zusammenarbeit mit dem Stadtratskollegium all die hohen Aufgaben zu lösen, die dem Wohl der Allgemeinheit dienen und der Stadt zum Segen gereichen sollten. Durch seine bedeutenden juristischen Sachkenntnisse war er dem Stadtrat ein zuverlässiger und scharfsinniger Berater und hat darum großen Anteil an dem Zustandekommen der in dieser Zeit gefassten Beschlüsse und ein reiches Verdienst um die getroffenen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen der Stadt St. Ingbert.

Studienprofessor Alexander Maria Spindler, Prorektor des staatlichen Lehrerseminars und Leiter der Landesstudienanstalt St. Wendel, ist am 7. Dezember nach längerer Krankheit verstorben. Das Leichenbegängnis am 10. Dezember gestaltete sich zu einer erhebenden und eindrucksvollen Feier. Geboren am 20. Juli 1874 zu Adenau, besuchte er das Gymnasium zu Driedenhausen und studierte Theologie am Priesterseminar zu Trier. Nach seiner hl. Weihe 1898 wirkte er zuerst als Kaplan zu Saarburg und Saarlouis und als Pfarrer zu Sponheim bis 1908. Dann berief ihn Bischof Dr. Korum an das kgl. Lehrerseminar zu Wittlich. Seit 1913 wirkte er lehrerreich als Religionslehrer und Prorektor an dem in St. Wendel gegründeten kath. Lehrerseminar, wie auch als Vetter der staatlichen Landesstudienanstalt. Er war ein Priester von lebendigem Glauben und glühender Liebe zu seiner Kirche; wegen seines allzeit liebenswürdigen Charakters und untadeligen Wandels wurde er von allen hochgeschätzt, die ihn kannten, wie sich das bei seinem silbernen Priesterjubiläum im verfloßenen Sommer zeigte.

Kirchliche Personalien. Herr Pfarrer Klimm in Oberhochscheidt, aus seiner Kaplanszeit von 1908 bis 1911 in St. Ingbert bestens bekannt, ist zum Studienprofessor am Lehrerseminar in Speyer ernannt worden. Pfarrer Klimm ist auf dem Gebiete der Kunst eine Autorität. — Kaplan Fritz Karp in Langkirchen wurde zum Bischoflichen Sekretär ernannt.

Von der Eisenbahn. Es wurden versetzt: Bahnmeister Riehe von Saarbrücken nach Dirmingen, Palm von St. Wendel nach Saarbrücken, Eisenbahningenieur Walle von Bliestal nach Merzig, Oberbahnmeister Chamblou von Merzig nach Bliestal, Eisenbahnobersekretär Held von Homburg nach Saarbrücken. Der Eisenbahningenieur A. Kremer wurde von der Betriebswerkstätte P. Saarbrücken dem wirtschaftlichen Prüfungsamt der Regierungskommission als Kontrolleur für Maschinen- und Werkstattdienst überwiesen.

Zu Kreisdelegierten des Kreises Saarlouis bestätigt wurden Rittergutsbesitzer Alfred von Boch-Fremmersdorf und Gewerkschaftssekretär Berg-Fraulaufen für die Dauer der gesetzlichen Wahlperiode.

Aus der Schule. Der Religionslehrer an der Saarbrücker Cecilianschule Dr. Hoffmann hat an der Universität Bonn die Lehrbefähigung in Religion, Hebräisch und Französisch für höhere Schulen durch ein mit hervorragendem Erfolge abgelegtes Examen erlangt.

Das Fest der Goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Johann Houg und Maria geb. Johann in St. Wendel.

Bitte für unseren „Saarfreund“.

Der Bezugspreis wird vom 1. Dezember ab nur noch nach Goldpreisen berechnet, während das bisher geltende Grund- und Schlüsselsystem weggefallen ist. Da diese Neuregelung mitten im Monat erfolgte, konnten wir unsere Leser nicht mehr rechtzeitig benachrichtigen. Inzwischen ist der Bezugspreis für Dezember von der Post bereits nach dem neuen System eingezogen worden.

Der Goldmarkpreis für unseren „Saarfreund“ ist auf 25 Goldpfennige festgesetzt worden. Die Berechnung des Bezugspreises nach Goldmark ist insofern freudig zu begrüßen, als sie die Erhaltung des „Saarfreund“ wesentlich erleichtert. Noch im Monat November wurde von unseren Postabonnenten der Bezugspreis durch die Post zum vollen Wert eingezogen, uns dagegen nach Wochen völlig entwertet ausgehändigt. Als wir schließlich die Zahlung von der Post erhalten sollten, war der größte Teil des Betrages bereits durch die inzwischen vervielfachten Gebühren für Porto und Verpackung verschlungen. Eine Erhebung von Nachforderungen war deswegen unmöglich, weil unsere Leser dadurch mit Nachnahmepfeilen in Höhe von vielen Milliarden belastet worden wären, wiewohl sie seinerzeit einen angemessenen Bezugspreis bezahlt hatten. Derartige Nachforderungen werden in Zukunft gänzlich überflüssig, da wir das Bezugsgehalt durch die Post zum vollen Wert, eben nach Goldmark berechnet, erhalten.

Wir sind überzeugt, daß unsere Leser ihrer Zeitschrift um so freudiger die Treue halten werden, als die beginnende Gefundung der deutschen Währungsverhältnisse die Aussicht darauf eröffnet, daß der „Saarfreund“ bald wieder als häufigerer Gast in ihrem Hause erscheinen wird.

Kommunales.

Todesnachrichten. Pensionär Heinrich Solbach, 70 Jahre; Hoteller Hermann Schneider, 80 Jahre; Frau Margarete Ramy, geb. Wöfler, 27 Jahre; Heinrich Pfeiffer, 18 Jahre; Kaufmann Gustav Sasse, 46 Jahre; Händler Peter Biesdorf, 75 Jahre; Fräulein Charlotte Roehl, 58 Jahre; Frau Wwe. Magd. Maurer, geb. Deutlich, 68 Jahre; Elektromonteur August Feit, 34 Jahre; Schaffner-Anwärter Wilhelm König, 25½ Jahre; Frau Wwe. Maria Wöflinger, geb. Karas, 71 Jahre; Eisenbahn-Zugführer Philipp Balzer, 63 Jahre; Frau Karoline Bassa, geb. Michler, 75 Jahre 8 Mon.; Frau Katharina Christ, geb. Klein, 63 Jahre; Oberlehrer Karl André, 51 Jahre; Frau Wwe. Karoline Luise Schwarz, geb. Mayer, 73 Jahre; Elina Losant; Frau Katharina Borst, geb. Krenn, 38 Jahre; Frau Jeanne Loewenthal, geb. Willard; Heinrich Leibundgut; Bankbeamter Peter Bund, 35 Jahre; Stellvertreter Johann Birg, 55 Jahre; Frau Susanna Strauch, 65 Jahre; Justizanwärter Hermann Münch, 20 Jahre; Frau Wwe. Gertrud Ehternacht, geb. Dieß, 66 J.; Hermann Zimmer, 76 Jahre; Frau Emma Endres, geb. Beck, 28 Jahre; Lehrerin a. D. Frä. Auguste Lampmann, 79 Jahre; Frä. Charlotte Röhl, sämtlich in Saarbrücken. — Bohrmeister Emil Hertel, 26½ Jahre, in Gdingen. — Obersteiger a. D. Johann Bülle, Mitkämpfer von 1866 und 1870/71, 83½ Jahre, in Lüssenthal. — Paul Blandin, 68½ Jahre; Badermeister Wilhelm Rauch, 40 Jahre; Gertrud Schröder, 22 Jahre; Dachbedergehilfe Karl Altes; Direktor der Röhrlingschen Eisen- und Stahlwerke A. G. Fritz Ripper, Inhaber des Eisernen Kreuzes am weiß-schwarzen Bande und des Verdienstkreuzes, 45 Jahre; Oberlehrer a. D. Johann Kupp, 63 Jahre, sämtlich in Bülbingen. — Ulrich Weiburg in Jenne. — Rektor Johann Lehnhoff, 67 Jahre, in Guddenbach. — Frau Frida Frenzel, geb. von Hoven, 37 Jahre, in Von der Herdt. — Nikolaus Hoffmann, 26 Jahre, in Quierried. — Frau Wwe. Karl Frenzer, geb. Schwab, 73 Jahre; Karl Henn, 26 J.; Oberlehrerin Mathilde Böbler, 48 Jahre; Frau Wilhelmine Schmidt, geb. Schmidt, 61 Jahre; penl. Grubenkloster Friedr. Beckmann, 79 Jahre; Hüttenpensionär Heinrich Langlois, 69 Jahre; Frau Dorothea Rosenthal, geb. Schöppe, 41 J.; Eilich Gebauer, 18 Jahre; Steiger a. D. Peter Linnenberger, Ehrenmitglied des kath. Knappenvereins, 76 Jahre; Frau Wwe. Henriette Arnold, geb. Marschall, 86 Jahre; Frau Katharina Kallert, geb. Hahndentel, 51 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Pfarrer Paul Warmé in Landsweiler. — Badermeister und Gastwirt Christian Schlegel, Kriegsveteran von 1866 und 1870/71, 78 Jahre; Frau Luise Goll, geb. Müller, 49 Jahre; Grubengärtner Jakob Schramm, 58 Jahre; Wwe. Maria Engelmann, geb. Schlegel, 91 Jahre; penl. Bergmann Johann Collet, Kriegsveteran von 1870/71, 74 Jahre; Frau Emilie Hoppstädter, geb. Friedl, 34 Jahre; Bergmann Rudolf Clough, 48 J., sämtlich in Wieselstücken. — Schuhmacher Ludwig Ungelb in Ottweiler. — Bäcker und Gastwirt Jakob Schlicher, 72 J., in Merxweiler. — Studienprofessor Alexander Maria Spindler, Prorektor des staatlichen Lehrerseminars und Leiter der Landesstudienanstalt in St. Wendel. — Frau Margarete Sande

geb. Weischen, 46 Jahre, in Hülswiller. — Postagent a. D. Heinrich Reicher, 79 Jahre; Frau Barbara Valz, geb. Hedmann, 83 J., beide in Schwalbach. — Wertmeister a. D. Jakob Becker, 68½ Jahre, in Dillingen. — Werkzeugverwalter Peter Sommer, 31 Jahre, in Bous. — Regierungs-Oberinspektor Josef Gerlach, 49 Jahre; Kaufmann Adolf Kotton, 52 Jahre; Frau Kath. Roos, geb. Jungmann, 38 Jahre; Rentier Richard Haug, 72 Jahre; Fräulein Magdalena Mahler, 61 Jahre; Johann Bleses, 62 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Oberpostkassener Johann Gottfried, 55 Jahre; Johann Haffner, 43 Jahre; Johann Speth, Bad, 78 Jahre, sämtlich in Graulautern. — Frau Maria Schmitt, geb. Balge, 61 Jahre, in St. Barbara. — Peter Theis, 58 Jahre, in Saarwellingen. — Frau Maria Champion, geb. Gerling, 42 J., in Ittersdorf. — Schreinermeister Franz Jacoby, 72 Jahre, in Wallersfangen. — Jakob Kleinbauer, 70 Jahre, in Eisdorf. — Gastwirt Gottfried Marx, 62 Jahre, in Losheim. — Jakob Gahler, 88 Jahre, in Dirmingen. — Frau Katharina Fries, geb. Hector, 43 Jahre; Jakob Fries, früher Gastwirt und langjähriges Gemeinderatsmitglied, Verstorben von 1870/71, beide in Pachten. — Ernst Deuker, 57 Jahre; Christian Hübner, 63 Jahre; Gastwirt und Brenneisbesitzer Matth. Aug. Schütz, 50 Jahre; Frau Wwe. Maria Mautes, geb. Schwindling, 65 Jahre; Frau Johanna Stegemann, geb. Bades, 45½ Jahre, sämtlich in Merzig. — Benf. Fabrikbeamter Georg Dinges, 83 Jahre, in Mettlach. — Bildhauer Joseph Martin, 68 Jahre; Frau Frieda Zimmermann, geb. Schuwer, 33 J.; Frau Maria Bad, geb. Weiland, sämtlich in St. Ingbert. — Ludwig Ungerhühler, 36 Jahre, in Rietel-Kenhausen. — Weinbändler Georg Haag jun., 43 J., in Bliestal. — Daniel Müller, früher Steinbruchbesitzer, 75 Jahre, in Breitsfurt. — J. F. Meyjes, Aufsichtsratsmitglied und Direktor der Dingerlischen Maschinenfabrik A.-G. in Zweibrücken. — Luise Opel, geb. Dehent, in Rüsselsheim (früher in Saarbrücken).

Stadtratswahlen in Homburg. Anfang Dezember fanden in Homburg Neuwahlen zum Stadtrat statt, die nach amtlicher Feststellung folgendes Ergebnis hatten: Liberale 8 Sitze (gegen bisher 7), Zentrum 6 Sitze (6), Demokraten 4 Sitze (6), S. P. D. 4 Sitze (4), Arbeiter- und Bürgervereinsung 1 Sitz.

Handel und Verkehr.

Erste Störungen im saarländischen Eisenbahn- und Postbetrieb.

Seit einigen Tagen hat sich die Lage bei den saarländischen Verkehrsinstituten derart katastrophal gestaltet, daß voraussichtlich zu den einschneidendsten Maßnahmen gegriffen werden muß, damit der Verkehr nicht ganz zum Erliegen kommt. Auf den Güterbahnhöfen des Saargebietes und insbesondere Saarbrückens stehen im Augenblick gegen 800 Waggons, die schon seit geraumer Zeit der vollständigen Abfertigung harren. Von diesen Waggons können auch diejenigen, für die ein ordnungsgemäßer Bestimmungsausweis vorliegt, zum großen Teil nicht mehr abgefertigt werden, weil sämtliche Geleise mit Wagen zugestellt sind, deren Abfertigung mangels der erforderlichen Zoltpapiere unmöglich ist. Bei der Postverwaltung ist die Lage womöglich noch schlimmer. Etwa 37 Wagen, beladen mit ungefähr 45 000 Paketen, warten auf Abfertigung, weil bei 60 Prozent der eingehenden Pakete der Bestimmungsausweis fehlt. Es schweben im Augenblick noch Verhandlungen, mit welchen Maßnahmen diesen außerordentlichen Schwierigkeiten, die natürlich das gesamte Verkehrsleben nachteilig beeinflussen, abzuwehren sei. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob es möglich sein wird, ohne eine völlige Annahmeperrre für Eisenbahn- und Postsendungen durchzukommen.

Einreiseerleichterung für das Saargebiet.

Die Handelskammer in Saarbrücken ist in der Lage mitzutellen, daß in den Einreisebestimmungen für den Personenverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach dem Saargebiet seit kurzem eine Erleichterung eingetreten ist. Für Personen, die sich in das Saargebiet begeben wollen, ist zwecks Durchfahrt durch das besetzte Gebiet ein besonderer Ausweis nicht mehr zu fordern. Es wird also die Einreiseerlaubnis der Saarregierung auch zur Durchfahrt durch das besetzte Gebiet nach dem Saargebiet genügen sein.

Deutsche Worte.

Wer, wenn das Vaterland in Not ist, einen anderen Gedanken als dessen Rettung fühlt, ist nicht wert, in einem freien Staat zu leben.

Fr. W. von Klinger.

Von den Saargruben.

Neue Krisenstimmung unter den Saarbergleuten.

Seit Ausgang November herrscht unter den Saarbergleuten erneut eine erregte Stimmung. Die Organisationen waren bei der Direktion der Saargruben um eine Lohnerhöhung von allgemein 2 Frs. eingekommen, die mit der seit dem 1. Juni um 30% gestiegenen Teuerung begründet wurde. In den Verhandlungen am 22. November wurde ferner auf die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne in Lothringen um 2 Frs. je Schicht hingewiesen. Die Bergverwaltung lehnte eine Lohnerhöhung ab und erklärte, nur die Frauen- und Kinderzulage um 0,50 Frs. je Schicht erhöhen zu wollen. Mit dieser Regelung erklärten sich die Organisationsvertreter nicht einverstanden, da hierbei rund 40% aller Arbeiter leer ausgehen. Nur die Führer der Saarhändler — die „Mitglieder“ haben bekanntlich nichts zu sagen — begrüßten das „soziale Verständnis“ der Bergverwaltung und der „Neus Saarfurter“ lobte dieses einseitige Diktat über dem grünen Alee.

Im Bergrevier selbst aber löste das Verhalten der Bergverwaltung bei allen Bergleuten tiefe Entrüstung aus. In zahlreichen Revier- und Belegschaftsversammlungen wurde das Angebot der Bergverwaltung mit Empörung abgelehnt. Es wurde erklärt, daß mit der sozialen Zulage, die die Bergverwaltung einseitig diktierter, weder diejenigen, die nichts bekommen, noch jene, die sie bekommen, einverstanden seien. Die Bergarbeiter behaupten, daß für die Bergverwaltung nicht soziale Gründe, sondern die Absicht, Uneinigkeit in die Belegschaft zu bringen, maßgebend gewesen sei. Diese Ansicht wird noch genährt durch die Weigerung der Bergverwaltung, die Söhne der Bergarbeiter in größerer Anzahl anzulegen. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Bergbau ist in den letzten Jahren in erschreckendem Maße zurückgegangen. Es hält den Bergarbeitern außerordentlich schwer, trotz der gewaltigen Vermehrung der Belegschaft, ihre Söhne noch auf die Gruben unterzubringen. Anlegung von Bergmannssöhnen erfolgt meistens nur, wenn der Vater sich pensionieren läßt.

Solche, den sozialen Frieden zwischen der Bergverwaltung und den Bergarbeitern ständig gefährdenden Zustände sind nur möglich, weil die Bergverwaltung es ablehnt, sich einem schiedsrichterlichen Verfahren zu unterwerfen oder überhaupt ein solches anzuerkennen.

Als die Bergarbeiterverbände nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen Anfang Oktober d. J. den Schlichtungsausschuß anriefen, lehnte die Bergverwaltung durch Schreiben vom 29. Oktober an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses es ab, vor demselben zu erscheinen. Diese führte dafür begründend an:

Die Administration des Mines kann diese Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse nicht anerkennen, einmal, weil diese Ausschüsse vor dem 11. November 1918 lediglich auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 9. Dezember 1916 bestanden, welches ein ausschließlich mit Rücksicht auf den Kriegszustand erlassenes Gesetz ist und außerdem, weil die Schlichtungsausschüsse, wie sie durch die Bestimmungen deutscher Gesetze nach dem Waffenstillstande oder durch Anordnungen der Regierungskommission ohne vorherige Befragung des französischen Staates errichtet worden sind, ihre Tätigkeit auf Grund gesetzlicher Vorschriften ausüben, welche zufolge des Friedensvertrages auf den französischen Staat keine Anwendung finden.

Demgegenüber ist folgendes festzustellen:

Die Regierungskommission erließ unter dem 8. Mai 1920 (Amtsblatt S. 16 Nr. 40) eine Verordnung betreffend Schlichtungsausschüsse, in der es in Artikel 1 heißt:

„Es wird genehmigt, daß die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 im Saargebiet errichteten Schlichtungsausschüsse ihre Tätigkeit als Schlichtungsausschüsse und Einigungsämter nach Maßgabe des genannten Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen weiter fortsetzen.“

Die von der Bergbehörde angeführte Begründung ist in keinem Punkte stichhaltig, es handelt sich vielmehr um eine ganz willkürliche Auslegung völlig klarer Bestimmungen und um eine grobe Verletzung des Saarstatuts, das in § 12 des Kapitels I der Anlage bestimmt, daß „die Rechte der Arbeiter ebenfalls bestehen bleiben, so wie sie am 11. November 1918 aus den angeführten deutschen Gesetzen hervorgehen“. Ferner haben die alliierten und assoziierten Mächte feierlichst versprochen, „daß die Interessen der Arbeiter in jeder Richtung sorgfältig gesichert wären und ihre Lage tatsächlich verbessert würde.“ Da die Gesetzesübertretung jedoch von der französischen Bergwerksverwaltung erfolgte, lag sich die Regierungskommission begreiflicherweise nicht veranlaßt, ihre Autorität zu wahren.

Zu größter Erbitterung steigert sich die Stimmung der Bergleute jedoch infolge der rigorosen Vertreibung der zu Unrecht abgelegten Bergleute aus den Werkwohnungen. Daneben kommen zahlreiche Klagen über unberechtigtes und willkürliches Kürzen an der Förderung, über nicht richtig abgeschlossenes Gedinge usw. Die so erzeugte Stimmung wurde in einer Konferenz des Sechzehnerausschusses des Gewerkevereins kritischer Bergarbeiter dahin gekennzeichnet: Vor etwa vier Wochen sei noch

jeder ausgelacht worden, der von einem neuen Streik geredet hätte, doch jetzt sei das Bild ein ganz anderes. Falls die Bergverwaltung dazu überginge, die sozialen Zulagen auszuhebeln, ohne den übrigen Bergarbeitern etwas zu bewilligen, sei mit sofortigen Putz zu rechnen. Die Bergverwaltung hätte durch ihr einseitiges Diktat die gesamte Bergarbeiterschaft gegen sich aufgebracht.

Von sämtlichen Inspektionen wurde berichtet, daß die Arbeiterchaft die Erhöhung der sozialen Zulage ablehnt und an einer allgemeinen Lohnerhöhung festhält. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Bergwerksdirektion auf ihrem falschen Standpunkte beharrte, da dadurch die Gefahr größerer wirtschaftlicher Kämpfe die sich zwieselfohne auch auf andere Berufe ausdehnen würden, akut würde. Daß derartige Kämpfe eine Katastrophe für das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebietes bedeuten, sollte auch der Bergwerksdirektion, besonders Herrn Direktor Rathson, nicht unbekannt sein.

„Der Saarbergknappe“ kennzeichnet die Lage Mitte Dezember u. a. wie folgt:

„Die Bergverwaltung will keine Ruhe im Saarbeden. Anders kann doch die Stellung der Verwaltung bei den letzten Verhandlungen nicht gedeutet werden. Es scheint, als wenn die Direktion der Saargruben von allen guten Geistern verlassen sei. Jeder, der durch das Bergrevier geht, erkennt immer mehr und mehr, daß sich im Saargebiet wieder ein Februar 1923 vorzubereiten scheint.“

In einer Revierkonferenz des Deutschen Bergarbeiter-Bundes wurde eine Entschließung gefaßt, in der ausgeführt wird:

In Anbetracht der gestiegenen Teuerung beauftragt die Konferenz die Verbandsleitung, unverzüglich eine neue Forderung auf eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter einzureichen.

Die Revierkonferenz gelobt, trotz aller Versuche der Bergverwaltung und ihrer Hintermänner, die Einheit der Zentralorganisationen zu stören, einiger als je zusammenzutreten. Weder Zersplitterung noch bezahlter Saarparassismus werden die Reihen der um Menschenrechte ringenden Saarbergarbeiter zu klüften vermögen. Die Konferenz ruft allen Mitglieðern zu: Die Stunde erfordert Rüstung, Wachsamkeit und Geschlossenheit.

Während von den Bergleuten unter allen Umständen eine allgemeine Lohnerhöhung verlangt wird, versucht die Bergverwaltung der Stimmung in den Revieren durch Verbilligung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel zu begegnen.

Die Drahtzieher der „Saarbrücker“ aber wissen auf die zunehmende Erregung der Bergleute nichts anderes zu sagen, als daß die Mißstimmung auf — Anweisung von „drüber“ hervorgerufen sei. Der „Saarbrücker“ aber läßt in einem unbewachten Augenblick die Kage aus dem Sack, indem er dem „Saarbund“ folgende Aufgabe zuweist: „Den neuen Geist, nennen wir ihn einmal westliche Kultur, zu verbreiten!“ Das genügt, um zu begreifen, worauf die Lohnpolitik der Grubenverwaltung abzielt.

Der Saarbrücker Knappschaftsverein, der vierfache Versicherungsträger für etwa 76 000 Bergarbeiter und Angestellte ist (und zwar Träger der Krankenversicherung, der Knappschaftspensionsversicherung für die Bergarbeiter, der Pensionskasse für Angestellte, sowie Träger der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung), dürfte mit seinem gesamten Voranschlag, der gegenwärtig über 60 Millionen Franken jährlich darstellt, annähernd die Höhe der Ein- und Ausgaben sämtlicher Gemeinden des Saargebietes erreichen. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht über die geldliche Lage für das Jahr 1922 betrugen bei der Krankenkasse die Einnahmen 470 267 531 M. und 25 907 646,85 Franken, denen einschließlich der Vermögensanlage ein gleicher Betrag an Ausgaben gegenübersteht. Die Pensionskasse für die Bergarbeiter hat eine Gesamteinnahme von 59 867 838 M. und 36 900 126,38 Fr., der eine Ausgabe in gleicher Höhe einschließlich der Vermögensanlage gegenübersteht. Die Pensionskasse B (Angestelltenversicherung) hatte eine Einnahme von 3 374 602 M. und eine Ausgabe von 1 083 865 M. Ueber die Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung liegt ein abschließender Bericht noch nicht vor. Ab 1. Juli 1922 wurden die Beiträge und Leistungen der Krankenkasse und der Arbeiterpensionskasse auf den Franken umgestellt, während bei der Angestelltenversicherung und der Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Umstellung auf den Franken erst mit Inkrafttreten der Währungsverordnung am 1. Juli dieses Jahres erfolgte.

Feierschichten auf den Saargruben.

Ungeblüß in Folge Wagenmangels wurden im November zwei Feierschichten verzehret. Dadurch erlitt die Förderung einen Ausfall von 90 000 Tonnen; andererseits nahmen die Halbenbestände um nahezu 100 000 Tonnen zu.

Trotz des angeblichen Kohlenbedarfs Frankreichs gingen verhältnismäßig nur wenig Kohlen nach Frankreich, auch sperrt sich die Grubenverwaltung äußerst heftig gegen die Neuankommlinge von deutschen Bergleuten, woraus geschlossen werden muß, daß sie die Förderung künstlich zu hemmen sucht und zwar aus politischen Gründen, die in den Reparationsforderungen zu suchen sein dürften.

Französischer Raubbau auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bergleute.

Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht in der Tagespresse eine Meldung über einen oder mehrere tödliche Unfälle auf einer der Saargruben enthalten wäre. Da nicht alle Unfälle durch die Tagespresse gemeldet werden können, ergibt sich noch kein vollständiges Bild über die tatsächlich passierten tödlichen Unfälle der letzten Zeit. Für das dritte Vierteljahr 1923 gibt das Saar-Oberbergamt (ohne Grube Frankenhof) 16 tödliche Unfälle an. Nach den Meldungen in der Tagespresse scheint die Unfallhäufigkeit in den letzten Wochen sich vermehrt zu haben.

Mit der Unfallhäufigkeit im Saarbergbau beschäftigte sich vor einiger Zeit ein Artikel in der „Saarbrücker Landeszeitung“, der anscheinend aus der Feder eines Fachmannes stammt. Als Äußerung der Rücksichtlosigkeit zu der erhöhten Unfallhäufigkeit wird in dem Artikel angegeben:

„Mangel an dem nötigen Stempelholz bemerkt der eine, der zweite führt Beschwerde, daß ihm für seine Verhältnisse mit starker Flammgefahr und hohem Gebirgsdruck auch noch die wenigen Hölzer viel zu schwach geliefert wurden; ein dritter endlich beklagt sich, daß man den Leuten zumute, bereits gestellte und unter Gebirgsdruck sich befindliche Stempel zur weiteren Verwendung zu gewinnen und diese Maßnahmen auch noch unter Androhung der schwersten Strafverfügungen sanktioniert. Dies sind die stehenden Klagen der Materialienwirtschaft gegenüber und sie werden ergänzt mit Beschwerden über ein Antreibesystem, das sich nicht mehr überbieten lasse.“

Der angezogene Artikel beschäftigt sich dann noch mit der Frage, wie die Bergpolizeibehörde, die doch berufs- und instruktionsgemäß gar kein Interesse an einer hohen Förderziffer habe und deren Zweck es doch ausschließlich sei, das Leben und die Sicherheit der Belegschaft gegen Betriebsunfälle zu schützen, sich der Sache gegenüber verhalte. — Diese Frage wird wie folgt beantwortet:

„Die einzelnen Organe dieser Bergpolizei werden wohl kaum unterlassen, die ihnen zur Pflicht gemachten Grubenfahrten auch auszuführen. Erscheinen nun dem Einfahrer bei seiner Kontrolle wirklich einmal die Stempel zu schwach, dann wird er anordnen, daß gegebenenfalls die Reihen dichter gehalten werden und für ihn ist die Angelegenheit dann meist erledigt, da für die tatsächliche Ausführung nicht er, sondern der Betriebsbeamte (Steiger) verantwortlich ist. Nicht aber dieser ist berechtigt, die Auswahl der Stärke der zur Anwendung kommenden Hölzer zu bestimmen, sondern der ihm vorgelegte französische Ingenieur, der selten geneigt sein wird, auch nur den bescheidensten Vorschlag eines Steigers in Erwägung zu ziehen; es sei abgesehen von den vielen Fällen, wo selbst eine sprachliche Auseinandersetzung schon schwerer wird und dieses Moment nicht selten bei einem Ingenieur in einem: „Ich befehle“ seinen Anfang und Ende erreicht hat.“

Auffällig sind die vielen Selbstbrüche, die im Laufe dieses Jahres aufgetreten sind, in den letzten drei Monaten wurden drei solcher Brüche gemeldet. Die französische Bergverwaltung aber tut nichts, um diesen Raubbau auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bergleute abzustellen. Es sind ja nur „Boches“.

Die Belegschaft der Saargruben, die am 1. Januar 1923 69 752 Personen zählte, verteilt sich auf 812 Ortschaften, von denen 387 im Saargebiet, 192 im übrigen Preußen, 182 in Bayern, 37 in Württemberg, 2 im übrigen Deutschland und 12 in Frankreich liegen. Auf die einzelnen Kreise des Saargebietes berechnet, verteilt sich die Belegschaft wie folgt: im Saargebiet: Stadtkreis Saarbrücken 1043 = 1,5 v. H., Landkreis Saarbrücken 22 919 = 32,86 v. H., Kreis Saarlouis 8301 = 11,9 v. H., Kreis Ottweiler 19 841 = 28,45 v. H., Kreis St. Wendel 3442 = 4,93 v. H., Kreis Merzig 504 = 0,72 v. H., Bezirksamt St. Ingbert 8231 = 11,8 v. H., Bezirksamt Homburg 2670 = 3,83 v. H., Bezirksamt Zweibrücken 112 = 0,16 v. H. Innerhalb des Gebietes der deutschen Republik wohnten in Preußen: Kreiskreis St. Wendel 1153 = 1,65 v. H., Kreiskreis Merzig (Wabern) 2419 = 3,46 v. H., Landkreis Trier 1085 = 1,56 v. H., Kreis Berncastel 107 = 0,15 v. H., Kreis Saarburg 8 = 0,01 v. H., sonstige Kreise 33 = 0,05 v. H. In Bayern: Bezirksamt Homburg (Reß) 1961 = 2,81 v. H., Bezirksamt Zweibrücken 103 = 0,15 v. H., Bezirksamt Kusel 933 = 1,33 v. H., Bezirksamt Kaiserslautern 125 = 0,18 v. H., sonstige Bezirksämter 27 = 0,04 v. H. In Württemberg 705 = 1,01 v. H. Im übrigen Deutschland: 3 = 0,00 v. H. In Frankreich: Bezirkskreise 27 = 0,04 v. H.

Briefkasten.

Einlage in Notiz. Alles richtig eingegangen, und zwar: No. 10, Re. 20, Tr. 15, Gr. 10, 20, So. 10, Pa. 10, Re. 10, Sch. 10, No. 10, Jä. 6.

„Aufgeschauhtes Wespennest.“ Die 37 Bilder mit bestem Dank erhalten.

W. S. Beide Geldsendungen erhalten. Herzlichen Dank.

Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, e. V.)

Vereinsvorsitzender u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 0030), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 58. / Vorsitz: Sanitätsreferent Karl Fraenger (Hans: Janz. 9150-02). Privat: Wilhelm Jahn: Charlottenburg, Eolanderstraße 7. / Kass. u. Postkassentante: Berlin 18421: Sanitätsreferent Josef Schmitt, Berlin-Steglitz, Postlingerstraße 14. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas Friedrichstr. 105, u. d. Weidenhammer Brücke. / Zeitungsbezug: H. Voß, Carl Maria Maier, Monats: 1923, 1924, 5. Quilowstraße 140.

Der Jahresgeneralversammlung am 7. Dezember 1923 im Vereinslokal Hotel Atlas. Der 1. Vorsitz, Herr Fraenger, begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder und erstattete einen eingehenden Jahresbericht über das verfloßene Vereinsjahr, den wir des gedrängten Raumes wegen leider nicht vollständig wiedergeben können. Wir werden bei nächster Gelegenheit darauf zurückkommen, doch sei für heute schon erwähnt, daß im Vorstand ein schönes zielstrebendes Einvernehmen und Handinhandarbeiten alle Vereinsaktivität fördern half. — Herr Sanitätsreferent Fraenger der Vorsitzende des Wanderaussschusses, konnte daran anschließend berichten, daß alle 12 Programmwanderungen, die wir als Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins veranstalteten, durchschnittlich eine sehr gute Beteiligung aufwiesen, so daß ca. 25 Teilnehmern demnächst das für 9 Pflichtwanderungen vorgesehene Einwanderauszeichen verliehen werden kann. — Aus dem Kass. Bericht, vorgetragen vom Kassier, Herrn Bankbeamten Jac. Schmitt, ernahmen wir, daß die Einnahmen einisch 323,73 M. Vortrag 17 076 199 Millionen Mark betrugen, denen 10 250 221 Millionen Mark Ausgaben gegenüberstehen, so daß das neue Vereinsjahr mit einem Barbestand von 6 825 978 Millionen Mark beginnen kann. Zeitung und Postgebühren verschlangen den größten Teil unserer Mittel und nur der Gebetfreundlichkeit vieler Mitglieder war es zu danken, daß wir nicht gezwungen waren, dieses wichtige Bindeglied zwischen unseren Landsleuten eingehen zu lassen. Das Vereinsjahr begann mit einem Bestand von 314 Mitgliedern, der Zugang betrug 55, der Abgang 14 Mitglieder, so daß sich der gegenwärtige Bestand auf 2 Ehrenmitglieder, 345 ordentliche und 8 Gastmitglieder stellt. Dem Kassier wurde nach Anfahren der Rechnungsprüfer, den H. H. Stein und Kessler, Entlastung erteilt und Dank für seine großen Mäher abgestattet. Bei der nun folgenden Vorstandswahl, wobei der großen Verdienste des Herrn Kassier Fraenger um das Gedeihen und Ansehen des Vereins und der erfolgreichen Tätigkeit des Herrn Maier als Schriftleiter der Vereinszeitung und Mitglied des Wanderaussschusses gedacht wurde, gelangte folgender Wahlvorschlag einstimmig zur Annahme: Geschäftsführender Vorstand: Bankier Fraenger 1. Vorsitz, Prof. Carl Maria Maier 2. Vorsitz, Kaufmann Fritz Müller 1. Schriftführer, Bankbeamter Ludwig Kiefer 2. Schriftführer, Bankbeamter Jac. Schmitt 1. Kassier, Ludwig Kiefer 2. Kassier, Bankdirektor Alfr. Stein Vorsitzender des Wanderaussschusses. Als Beisitzer die Herren: Juwelier Bach, Direktor Edler, Kaufmann Gentes, Kaufmann Gerhard, Bankbeamter Hahn, Ministerialamtmann Kasper, Kaufmann Klein, Gewerbeoberlehrer Weinsheimer, Reichsrat Dr. v. Wolf und neu hinzugewählt Herr Studienrat Seltam. Ausgeschieden sind die Herren Brandner gemäß Vorstandsbeschluss, Leon Thier wegen Ablehnung einer Wiederwahl infolge dauernder Reiseaktivität und Postsekretär Harth wegen Austritt aus dem Verein. Als Vereinsbeitrag 1924 plante der Vorstand 2 Goldmark vorzuschlagen zu lassen, doch die Versammlung gab sich damit nicht zufrieden und beantragte im Hinblick auf die hohen Zeitungs- und sonstigen Unkosten einen Halbjahresbeitrag von 3 Goldmark. Der Vorstand wurde wieder ermächtigt, für das 2. Halbjahr eine angemessene Zulage zu erheben und gegen die weniger bemittelten Mitglieder weitgehendste Rücksicht zu üben. An den letzten Punkt 5 Wünsche und Verschiedenes knüpfte sich eine rege Aussprache, u. a. wurde ein Vorschlag des Herrn Major Müller, der Vorstand möge sich an den Tagungen des 15er Ausschusses der Ausgewiesenen im Bahnhöfer beteiligen, aufgegeben. Eine von den Mitgliedern spontan ohne Wissen des Vorstandes herumgerollte Piste erach einen freiwilligen Beitrag von 89 Goldmark zu den Reaktionskosten.

Wegen vorgerückter Stunde und Lokalüberfüllung konnte sich das gesellige Treiben diesmal leider nicht entfalten, aber das vorhandene Interesse läßt auf ein erfolgreiches kommendes Vereinsjahr schließen.

Weihnachtsfeier am 28. Dezember 1923, nachmittags 4 Uhr, pünktlich beginnend, im großen Saal des Hotels Atlas an der Weidenhammer Brücke. Näheres aus voriger Nummer ersichtlich. Wir rechnen auf zahlreichen Besuch besonders wegen der Befestigung des „Hausgebadenen“, vermutlich ein Separatienhüpfel, den in der vorigen Nummer der orts- und sprachunkundliche Seher aus unserem „Hausgebadenen“ gemacht hat. Verloßt wird eine

lette Sans und ein Springinsfeld. Mitwirkende dürfen sich noch melden. Sängerin und Tanz sind gesichert.

Vorstandssitzung am Samstag, dem 29. Dezember 1923, beim ersten Vorsitzenden, Eolanderstr. 7, pünktlich 7 1/2 Uhr, wegen Hauschlusses, und vorzüglich wegen Verteilung der Riemer und Aufstellung des Wanderprogramms 1924.

Nächster Vereinsabend Freitag, den 4. Januar 1924, abends 8 Uhr beginnend, im Vereinslokal Hotelrestaurant Atlas an der Weidenhammer Brücke. Lieberbücher mitbringen.

Erste Programmwanderung 1924: Sonntag, den 6. Januar 1924, „Rund um den Müggelsee“ von Friedrichshagen nach Friedrichshagen, unter Führung der Herren Maier und Fraenger. Ab Charlottenburg 8.37, Lehrter 8.53, Stralau-Kummelsburg 9.15, Bapestraße 8.49, Gesundbrunnen 8.44; in Friedrichshagen 9.41 — Fähr — Strandloß — Restaurant Radezahl (11 Uhr: Frühstück) — Teufelssee — Müggelberge — Rahnsdorf — Rahnsdorfer Mühle (Restaurant Prinzengarten 2 Uhr Mittagstisch und Kaffeekränzchen), Rückfahrt ab Friedrichshagen etwa 5 Uhr. Insgesamt vier Stunden Marschzeit. Die ganze Strecke ist durch Wald gegen Wind und Wetter gut geschützt und in der Tageszeit so günstig gelegt, daß eine rege Beteiligung erwartet werden kann. Wer in Wettbewerb treten will um das „Goldene 1924“, verschiebe alle Nahrungs-, Geburstags-, Grobwasser-, politischen und sonstigen Sorgen auf die drei letzten Monate des Jahres, die ersten neun darf keiner fehlen, damit 1924 ein Wanderrekordjahr wird.

Silvesterfeier. Ob und wo und wie diese stattfinden kann, wird bei der Weihnachtsfeier bekanntgemacht; um aber nichts zu versäumen, besonders da wir heute noch nicht wissen, wann die nächste Zeitung erscheinen kann, wünscht der Gesamtvorstand allen Mitgliedern ein

Gesegnetes 1924

und hofft, daß der langersehnte Frieden nun wirklich einkehrt, sowie daß unsere eingekerkerten und ausgewiesenen Landsleute der Freiheit und ihrem Beruf wiedergegeben werden.

Fraenger.

Maier.

Mitgliederzuwachs 1924. 1. Stadtoberster. Phil. Gehres (Neuhofen b. Ludwigshafen), S. D. 36, Reichenberger Straße 91 I; 2. Dipl.-Ing. Hans Knoll (Neustadt a. H.), Wilmersdorf, Wittelsbacher Straße 13; 3. Frä. Mary Lichtenberger (Neustadt a. H.), Wilmersdorf, Medlenburgische Straße 20; 4. Dr. Eugen Schmidt (Zweibrücken) Pflaferstraße, Dratesstraße 11; 5. Fabrikant Jacob Zwida (Neustadt a. H.), Kummelsburg, Köpenicker Chaussee 69.

Das verschlossene Tor.

(Fortsetzung.)

Ich resigniere. Und ringsum brennt die Sonne auf die Ebene der Pfalz und ihre Weinberge.

Der Bahnhof bleibt leer. Niemand kommt. Niemand geht. Keine Züge. Keine Menschen. Keine Beamten.

Nur die Karofflaner marschieren in Reihen auf den Bahnsteigen, der unter ihren Schritten bröhnt. Ein guter Exerzierplatz. Sie haben Platz genug. Werden eingeküßt, gedrückt, un deus, un deus... Laufschrift. Marsch. Stillgestanden. Rührt euch. Bajonett — über, Bajonett ab. Un deus, un deus. In kleinen trippelnden Laufschrift kommen sie an meinem offenen Fenster vorbei. Gute Soldaten aber, wie brave Kinder sehen sie aus — solange der Unteroffizier sie in der Faust hat... Marsch, marsch, un deus, un deus. Klingt es eindringlich, die Bajonette rasseln. Endlich kommt der Zug. Langsam fährt er aus irgend einer Richtung ein. Vier blaue Blusermäner reißen die Türen auf. Niemand steigt aus. Doch, ein junger Mann mit einer Gitarre. Man öffnet mir geflissentlich ein Abteil. Es ist gleich, ob man eine Karte dritter, erster oder vierter hat. Niemand fragt das nach. Das Abteil scheint einem verlassenem Viehwagen. Schmutzharrend Erde und Boden. Ich schaudere. Nein, das ist mir zu „sah“. Ein zweites wird aufgerissen. Das ist noch schlimmer. — Ein drittes endlich ist gelehrt. Ich reize ein. Noch ein Passagier steigt ein. Dann noch zwei Soldaten, das ist alles.

Berliner Lokal-Anzeiger.

Echtheit folgt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: R. O. M. M. M., Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Sax-Verlag“, Berlin SW. 11, Köpenicker Straße 94; Druck: Deutscher Schriftensverlag Berlin SW. 12.